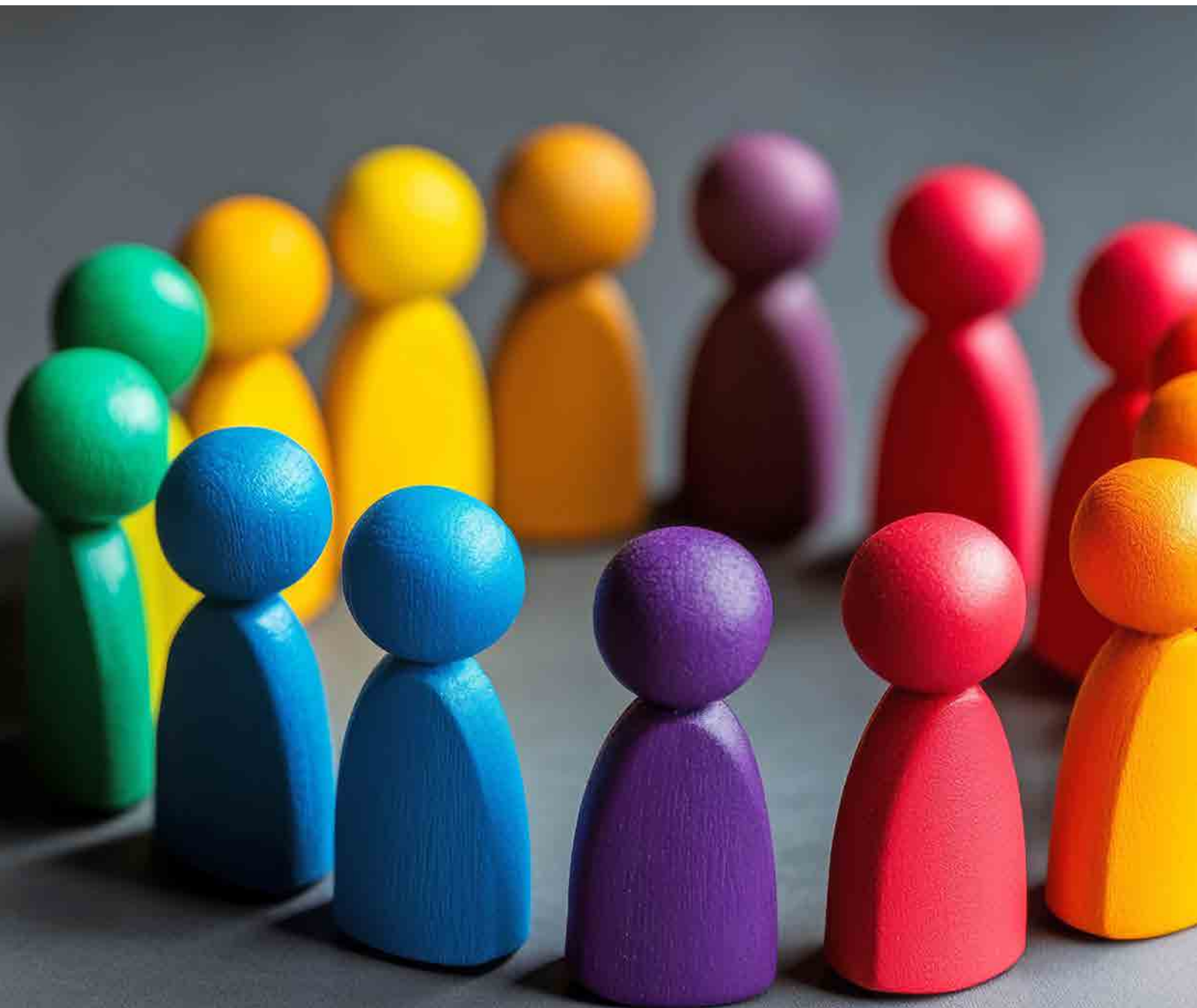




ÖFFENTLICHE INTERESSEN IN DER NORMUNG

© Trusha - stockadobe.com

Public interests
in standardization

L'intérêt public
dans la normalisation

Inhalt



Titel

- 04 Die Überarbeitung der EU- Normungsverordnung
- 06 50 Jahre DIN-Staatsvertrag
- 07 Drei Fragen an... Eckhard Metze,
bis März 2025 Leiter des KAN-Arbeitgeberbüros

Themen

- 08 Von der Schwachstelle zur Norm –
EU regelt Security neu
- 10 Normung: ein Beitrag zur Sicherheit der
Versicherten der öffentlichen Hand
- 12 Normung für Sicherheitsschränke zum Lagern
und Laden von Lithium-Ionen-Batterien



14 Kurz notiert

ANEC und KAN unterzeichnen Absichtserklärung
EU-Splitter
KAN-Seminar zu Normungsgrundlagen
Neue Geschäftsführung bei DGUV und VFA
Wechsel in der Leitung der KAN-Geschäftsstelle

40 Termine

Immer auf dem neuesten Stand:



KAN_Arbeitsschutz_Normung



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung





Peer-Oliver Villwock

Vorsitzender der KAN
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Öffentliche Interessen in der Normung sind unverzichtbar

Die Rolle der Normung als wichtiges, staatsentlastendes Instrument, Rechtsakte im europäischen Binnenmarkt und zur Produktsicherheit zu unterfüttern, ist heute unbestritten. Mit dem New Approach aus dem Jahre 1985 wurde auf europäischer Ebene geregelt, dass Gesetze lediglich grundlegende Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen aufstellen. Die technischen Details werden in der Normung festgelegt.

In Deutschland wurde bereits 1975 per Vertrag die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und DIN geregelt und damit auch die besondere Rolle der Normung hervorgehoben. Ein wesentlicher Punkt ist dabei, das öffentliche Interesse in der Normungsarbeit zu berücksichtigen – eine wichtige Voraussetzung für den Arbeitsschutz, seine Anliegen wirkungsvoll einzubringen.

Mit der EU-Normungsverordnung aus dem Jahr 2012 wurde die Bedeutung der Normung für den Binnenmarkt und die Notwendigkeit, alle interessierten Kreise einzubeziehen, nachhaltig unterstrichen. Die nunmehr anstehende Revision dieser Verordnung sollte die Rolle der Normung nicht in Frage stellen, sondern vielmehr dazu dienen, erkannte Schwächen zu verbessern. So sollte etwa die Listung harmonisierter Normen im EU-Amtsblatt deutlich beschleunigt werden. Eine solche Beschleunigung darf jedoch nicht auf Kosten der Konsensfindung und der effektiven Beteiligung aller relevanten Interessenträger geschehen. Zudem sollte die Förderung gesellschaftlicher Interessenträger weiter ausgebaut werden. Nur so kann die Normung ihren öffentlichen Auftrag umfassend erfüllen.«

Die Überarbeitung der EU-Normungsverordnung

Die Europäische Kommission bereitet derzeit die Überarbeitung der Normungsverordnung (EU) Nr. 1025/2012¹ vor. Die Verordnung bildet seit 2012 den Rechtsrahmen zur Erarbeitung von harmonisierten Normen in der Europäischen Union.

Die Normungsverordnung regelt die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und den europäischen Normungsorganisationen und legt Rahmenbedingungen wie die Finanzierung der von der Kommission beauftragten europäischen Normungsarbeit und die Beteiligung interessierter Kreise fest.

2023 hat die Europäische Kommission die Evaluation der Normungsverordnung initiiert. Wie auch in der EU-Normungsstrategie² angekündigt, sollte die Verordnung daraufhin überprüft werden, ob sie mehr als zehn Jahre nach Beginn ihrer Anwendung weiterhin zweckmäßig ist und mit den Entwicklungen in der Normung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Schritt hält. Hierzu befragte die Europäische Kommission zwischen Mai und Juli 2024 die breite Öffentlichkeit und Interessenträger aus Wirtschaft und Gesellschaft. Die KAN hat sich mit einem ausführlichen Feedback an der Konsultation beteiligt und zentrale Anliegen des Arbeitsschutzes eingebracht.³

Viele Interessenträger auf nationaler und europäischer Ebene äußerten sich im Rahmen der Konsultation dahingehend, dass sich die Normungsverordnung tatsächlich weiterhin als zweckmäßig erweise und lediglich im Bereich ihrer Umsetzung Verbesserungspotential zu erkennen sei. Aus Sicht der KAN ist das europäische Normungssystem ein entscheidender Faktor für den Erfolg des Binnenmarktes. In ihm verankerte Grundsätze wie Transparenz, die Erstellung von Normen im Konsens sowie eine breite Beteiligung aller relevanten Kreise sind unverzichtbar.



© Symbiot - stock.adobe.com

Im November 2024 hat die Europäische Kommission die vorläufigen Ergebnisse der Evaluation vorgestellt. Im Hinblick auf die Beteiligung aller relevanten Kreise stellt sie noch Defizite fest. Grundsätzlich habe die Verordnung zwar ihr Ziel, die Beteiligung von Interessenträgern zu verbessern, weitgehend erreicht. Die Vertretung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Gewerkschaften sowie weiterer gesellschaftlicher Interessenträger wie Verbraucher und Umweltschutz durch die sogenannten Anhang-III-Organisationen wird seit Inkrafttreten der Verordnung auf europäischer Ebene gefördert. Dennoch seien Normungsaktivitäten für diese Akteure weiterhin zu komplex und zu kostenintensiv. Zudem sei die Vertretung gesellschaftlicher Interessen auf nationaler und internationaler Ebene uneinheitlich geregelt. All dies erschwere eine Beteiligung.

Erhöhter Verbesserungsbedarf wurde außerdem im Hinblick auf die Geschwindigkeit des Normungssystems erkannt. Die vollständige Erarbeitung einer Norm benötige derzeit im Durchschnitt sechs Jahre. Auch wenn sich dies im Vergleich zu vor Inkrafttreten der Verordnung schon beschleunigt habe, sei dieser Zeitraum weiterhin zu lang, um den aktuellen Erfordernissen des Binnenmarktes und der EU-Gesetzgebung gerecht zu werden. Das europäische Normungssystem tue sich schwer, harmonisierte europäische Normen so schnell zu liefern, wie es angesichts schneller Innovationszyklen neuer Technologien sowie zur Realisierung des europäischen Grünen Deals⁴ erforderlich wäre.

Normung als Erfolgsfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der EU

Die Europäische Kommission hat die Überarbeitung der Normungsverordnung im Januar 2025 als einen ihrer horizontalen Erfolgsfaktoren des „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“⁵ angekündigt. Seit Beginn der neuen europäischen Legislaturperiode hat die Normung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und den Erfolg des europäischen Binnenmarktes damit weitere Relevanz gewonnen. Die Kommission will den Normungsprozess beschleunigen und zugänglicher gestalten, insbesondere für KMU und Start-ups.

Barbara Bonvissuto, für die Normungspolitik zuständige Direktorin der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (GD GROW), erklärte im Februar 2025 im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments, dass sich das europäische Normungssystem zudem derzeit weiteren Herausforderungen stellen müsse. Zum einen wirke sich der geopolitische Wettbewerb in der internationalen Normung auf Bereiche aus, die kritisch zur Wahrung von europäischen Werten und wirtschaftlichen Interessen der EU seien. Außerdem sei die Kommission weiterhin mit der Aufgabe konfrontiert, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum freien Zugang zu harmonisierten Normen aus 2024⁶ (sog. Malamud-Urteil) umzusetzen.

Laut dem Fahrplan, den die Kommission im Februar 2025 im „Have your say“-Portal veröffentlicht hat⁷, ist im nächsten Schritt für das zweite Quartal 2025 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung vorgesehen. Ein konkreter Legislativvorschlag könnte dann im zweiten Quartal 2026 veröffentlicht werden.

Die KAN-Geschäftsstelle wird den weiteren Überarbeitungsprozess in den kommenden Jahren intensiv begleiten und sich für die Anliegen der Arbeitsschutzkreise einsetzen.

Ronja Heydecke
heydecke@kan.de

¹ <http://data.europa.eu/eli/reg/2012/1025/oj>

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0031>

³ Siehe KANBrief 3/24, www.kan.de/publikationen/kanbrief/3/24/kan-beteiligt-sich-an-konsultation-zur-eu-normungsverordnung

⁴ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

⁵ https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/competitiveness-compass_de

⁶ Urteil vom 5. März 2024 (C-588/21 P), sog. „Malamud-Urteil“

⁷ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14511-Normungsverordnung-Überarbeitung_de

50 Jahre DIN-Staatsvertrag

Am 5. Juni 1975 wurde der Staatsvertrag¹ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Deutschen Institut für Normung abgeschlossen. Dieser bis heute wirksame Bund-DIN-Vertrag feiert somit in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen. Grund genug, sich einmal mit den Inhalten und den Auswirkungen dessen zu beschäftigen, was retrospektiv als eher trockenes Rechtsgeschäft daherkommt.



© atipong - stock.adobe.com

Eine lange Zeit, immerhin fast 30 Jahre seit Gründung der Bundesrepublik und sogar fast 60 Jahre, wenn man die Zeit vor Entstehung der BRD mitzählt, kam Deutschland ohne Festlegung aus, welche der verschiedenen Organisationen, die sich mit Normung befassen, seine nationale Normungsorganisation sein soll. Schließlich findet bereits seit 1917, zunächst unter dem Namen *Normenausschuß der deutschen Industrie*, Normungsarbeit in Deutschland statt. Was zunächst zur Rationalisierung der Industrie und auch zur Beschleunigung der Rüstungsproduktion diente, hatte spätestens ab den 60er Jahren mit der Einbettung in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und dem Einsetzen der Globalisierung eine neue Dimension bekommen: Normen dienten zunehmend dem Abbau von Handelshemmnissen und dem Wirtschaftswachstum durch Welthandel. Dadurch wurde auch die Normung global und ein wichtiger Faktor für die Industriepolitik der daran beteiligten Staaten. Darüber hinaus stellte man in Deutschland fest, dass Normen zur Beschreibung technischer Anforderungen für Recht und Verwaltung hilfreich sind und staatsentlastend wirken können.

Die 1926 in *Deutscher Normenausschuß* umbenannte Organisation erhält im Vorfeld des Vertragsabschlusses 1975 seinen heutigen

Namen – Deutsches Institut für Normung, kurz DIN. DIN war zur damaligen Zeit insgesamt, und im Bereich der elektrotechnischen Normung im Verbund mit dem Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationsorganisation DKE, unumstritten die wichtigste Normungsorganisation in Deutschland und bereits Mitglied in den europäischen und internationalen Normungsorganisationen CEN/CENELEC bzw. ISO/IEC. Dieser faktische Zustand wurde durch den Vertrag umfassend von der Bundesregierung anerkannt und fortan nicht mehr in Frage gestellt. Der Staatsvertrag erkennt DIN als zuständige Normungsorganisation für die Bundesrepublik Deutschland an und legt fest, dass DIN als Mitglied in den nicht-staatlichen internationalen (und damit auch europäischen) Normungsorganisationen als offizielle Vertretung Deutschlands fungiert.

Auf der anderen Seite geht auch DIN durch den Vertrag Verpflichtungen ein. Hier ist zunächst die vollumfängliche Pflicht zur Berücksichtigung des öffentlichen Interesses in der Normung zu nennen. Dies ermöglicht den Zugang zur Normungsarbeit auch für Gruppen, die, im Gegensatz zu Wirtschaftsunternehmen, in erster Linie gesellschaftliche Interessen vertreten. Dazu gehören der Umweltschutz, der Verbraucherschutz und natürlich auch der Arbeitsschutz, die durch den Staatsvertrag ein neues Gewicht in der Normung erhielten. Bei DIN wird der Arbeitsschutz sogar als eigener interessierter Kreis geführt – ein Privileg, welches sonst keine andere Normungsorganisation dem Arbeitsschutz einräumt. Dem interessierten Kreis Arbeitsschutz werden in erster Linie Vertreter der KAN sowie der DGUV und ihrer Mitglieder zugeordnet.

Aus dieser Verpflichtung heraus ist für die Träger der öffentlichen Interessen

in der Normung das Instrument des geschlossenen Votums entstanden. Es legt fest, dass in einem deutschen Normenausschuss bei ausbleibendem Konsens eine Entscheidung nicht gegen das geschlossene Votum eines interessierten Kreises getroffen werden kann. Nicht nur hierdurch wird deutlich, dass die Festlegungen des Staatsvertrags bis heute wirken und keinesfalls marginal sind.

Auch dem Staat gegenüber verpflichtet sich DIN durch den Vertrag direkt. So müssen die Lenkungsorgane und Normenausschüsse den Bund grundsätzlich einbinden. Behördliche Stellen sind je nach thematischer Zuständigkeit in die Normung einzubeziehen. Darüber hinaus sind Anträge des Bundes zu Normungsarbeiten bevorzugt zu bearbeiten. Im Gegenzug wird die Normung auch durch Bundesmittel gefördert.

DIN und die Bundesregierung haben mit dem Abschluss des Staatsvertrags einen eigenen Weg eingeschlagen. Die wirtschaftsgetragene Normungsorganisation blieb dadurch als Verein bestehen und hat auch ihre Autonomie gegenüber dem Staat behalten. Andere Länder haben die nationalen Normungsorganisationen zur gleichen Zeit hingegen verstaatlicht – oder durch ein Normengesetz gebunden. Dass die aus dem Bund-DIN-Vertrag entstandene Zusammenarbeit rückblickend als großer Erfolg bewertet werden kann, zeigt der letzte Paragraph des Vertrags: Seit Ende 1976 haben sowohl DIN als auch die Bundesregierung jedes Jahr auf das Recht verzichtet, den Vertrag aufzukündigen.

Freeric Meier
meier@kan.de

¹ www.din.de/resource/blob/79648/de461d1194f708a6421e0413fd1a050d/vertrag-din-und-brd-data.pdf

Drei Fragen an... Eckhard Metze, bis März 2025 Leiter des KAN-Arbeitgeberbüros

Als Leiter des Arbeitgeberbüros in der KAN-Geschäftsstelle vertrat Eckhard Metze bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Ende März 2025 über 25 Jahre lang in zahlreichen Normungs- und Arbeitsschutzgremien die Interessen der Arbeitgeber.

Sie waren seit der Gründung 2013 Mitglied und ab 2019 Vorsitzender des Normenausschusses Organisationsprozesse bei DIN. Was verbindet Sie mit diesem Thema?

Zu Beginn meiner Tätigkeit als Leiter des Arbeitgeberbüros der KAN habe ich mich schwerpunktmäßig mit Managementnormung beschäftigt. Im Mittelpunkt standen die Arbeitsschutzmanagementsysteme und der Übergang von der BSI OHSAS 18001 zur ersten internationalen Norm in diesem Bereich, der DIN EN ISO 45001. Darüber hinaus stand die Erarbeitung der ISO 26000 zur gesellschaftlichen Verantwortung im Fokus meines Interesses.

Mein heutiger Wunsch wäre, dass sich die Zahl dieser Normen in Grenzen hält. Wenn wir auf der einen Seite nach Entbürokratisierung und der Entrümpelung des Vorschriftenwerkes rufen, kann unmöglich gewollt sein, dieses durch Normen zu ersetzen, deren Anwendung zwar vom Grundsatz her freiwillig ist, die aber dann doch durch Zertifizierung oder als Vertragsgrundlage bindend werden. Dem sollte der Normenausschuss Organisationsprozesse bei DIN entgegenwirken.

Welche Normungsthemen sind aus Ihrer Sicht besonders kritisch oder wichtig?

Problematisch scheint mir, dass die Normung immer weiter in Bereiche vordringt, die nichts mit der klassischen technischen Normung zu tun haben. Beispiele sind Themen wie Compliance, Korruptionsbekämpfung, Personalmanagement und Nachhaltigkeit von Organisationen, aber auch Anforderungen an Dienstleistungen und Qualifikationen. Es wird für die KAN immer wichtiger, dafür zu sorgen, dass Fragestellungen, die in der Regelungshoheit der Tarifvertragsparteien liegen, aus der Normung herausgehalten werden.



© Fukuda – Foto Menke

Themen wie die Entgeltgestaltung oder der soziale Arbeitsschutz haben dort generell nichts zu suchen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die ‚Arbeitsgruppe Normung‘ beim Beratenden Ausschuss für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz der Europäischen Kommission, die 2011 unter anderem auf Initiative des Arbeitgeberbüros der KAN-Geschäftsstelle eingerichtet wurde. Auf europäischer Ebene gibt es damit ein spezielles tripartistisches Gremium, in dem sich Staat, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu normungspolitischen Fragen austauschen. Kritisch diskutiert wurde zum Beispiel die Behandlung von Sachverhalten in Normen, die nach Artikel 153 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU den Regelungen der einzelnen Mitgliedstaaten oder der Tarifparteien vorbehalten sind.

Ein besonders wichtiges Anliegen war mir immer auch die Ergonomienormung. Die Normen vermitteln den Betrieben Grundlagen und Prinzipien der Ergonomie und bilden ein von allen interessierten Kreisen akzeptiertes Regelwerk zur Arbeits- und Produktgestaltung. Im Beirat des Normenausschusses Ergonomie haben

wir ein modernes Konzept für die Ergonomienormung entwickelt, das auch die internationalen und europäischen Normungsgremien ISO/TC 159 und CEN/TC 122 entscheidend mitbeeinflusste. Als wichtiger Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis widmet sich die Ergonomie-Normung auch den Zukunftsfragen der Arbeitsgestaltung und sucht nach Lösungen für gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen, wie z. B. den Umgang mit arbeitsbezogener psychischer Belastung, die altersgerechte Arbeitsgestaltung sowie die Gestaltung von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz.

Welche Herausforderungen sehen Sie aktuell in der Normungsarbeit?

Eine Hauptherausforderung sehe ich darin, weiterhin genügend Mitarbeitende für die Normung zu finden, die dazu beitragen, gerade in der internationalen Normung die deutschen Interessen zu vertreten. Die internationale Normung wird leider zunehmend durch Nationen bestimmt, die Normung nicht mehr nur als Mittel zur Vermittlung von Wissen verstehen, sondern in erster Linie um nationale Wirtschafts- und Handelsinteressen durchzusetzen. Dem muss auf allen Ebenen entgegengewirkt werden.

Große Chancen sehe ich in der Digitalisierung der Normungsverfahren. Dadurch lassen sich an vielen Stellen Zeit und Ressourcen einsparen. Persönliche Begegnungen kann dies aber nicht ersetzen. Wichtig bleibt außerdem der eherne Grundsatz, dass Normung nur Erfolg hat, wenn sie im Konsens geschieht. Dies setzt aber auch voraus, dass sich so viele gesellschaftliche Gruppen wie möglich an der Normung beteiligen – unter anderem Vertreter der Sozialpartner, aber auch der Wissenschaft, der öffentlichen Hand und der Zivilgesellschaft.

Von der Schwachstelle zur Norm – EU regelt Security neu

Sicherheitslücken in der Software von Produkten bleiben oft unbemerkt – neue EU-Vorgaben sollen dies ändern. Der Cyber Resilience Act und die Maschinenverordnung setzen klare Anforderungen an den Schutz der Steuerung vor unbeabsichtigter oder vorsätzlicher Korruption. Nun liegt es an der Normung, unter Betrachtung des geplanten Leitfadens zur Maschinenverordnung eine Grundlage für sichere und vertrauenswürdige Technik im europäischen Markt zu schaffen.

Sicherheitsforscher melden jedes Jahr Tausende von IT-Schwachstellen in Produkten. Diese reichen von Hintertüren in Industriesteuerungen bis zu Funksteuerungen, die jedem Sender blind vertrauen. Viele Anwender sind sich dieser Sicherheitslücken gar nicht bewusst. Und für Hersteller gab es bisher kaum Anreize, mehr Ressourcen in die Behebung der Schwachstellen zu investieren. Nachdem der Markt dieses Problem nicht lösen konnte, reagierte die Europäische Kommission mit einem umfangreichen Gesetzespaket:

Der **Cyber Security Act** legt das Mandat für die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) fest. Die ENISA soll die Kommunikation über Schwachstellen zwischen den Meldenden, Herstellern, Betreibern und Behörden in Europa verbessern und hat dazu eine europäische Datenbank eingerichtet.

Die **NIS-2-Richtlinie** definiert für wesentliche und wichtige Einrichtungen und Unternehmen Anforderungen an die Absicherung ihrer Netz- und Informationssysteme (NIS) sowie verbindliche Vorgaben für die Meldung von Sicherheitsvorfällen. Viele Mitgliedstaaten sind aktuell mit der nationalen Umsetzung im Verzug.

Der **Cyber Resilience Act** (CRA) regelt die Pflichten der Hersteller zur Vermeidung und im Umgang mit Schwachstellen. So muss eine Erreichbarkeit über einen Notfallkontakt sichergestellt werden. Zur Kommunikation haben sich einige frei verfügbare Spezifikationen etabliert. Diese definieren etwa einheitliche Standards, mit denen beschrieben werden kann, wie kritisch Sicherheitslücken sind (Kritikalität), sowie Datenformate für deren Beschreibung:

Die Spezifikation RFC 9116 der Internet Engineering Task Force (IETF) legt dar, wie Unternehmen in einer einfachen Textdatei weltweit hinterlegen, wer im Notfall über eine Schwachstelle zu informieren ist. Im CRA wird kein konkretes Format für die vom Hersteller anzulegende Liste der im Produkt enthaltenen Software (Softwarestückliste – SBOM) gefordert. Aktuell setzen sich besonders das CycloneDX-Format und der offene Standard ISO/IEC 5692 „System Package Data Exchange“



© Michael Hüter

durch. Durch die SBOM kann automatisiert gemeldet werden, welche Produkte eine Software enthalten, in der eine Sicherheitslücke bekannt ist. Für die im CRA geforderte maschinenlesbare Handlungsempfehlung hat sich das Common Security Advisory Framework (CSAF) ISO/IEC 20153 etabliert. Die Bedeutung des CRA zeigt sich auch in neuen Normungsvorhaben: Allein im Jahr 2025 wird über rund 40 Vorschläge für neue Normen abgestimmt, die unter dem CRA harmonisiert werden sollen.

EU-Leitfaden konkretisiert Sicherheitsanforderungen der Maschinenverordnung

Die Maschinenverordnung (MVO) richtet sich an die Hersteller und fordert in Anhang III Abschnitt 1.1.9 und 1.2.1, dass bereits bei der Konstruktion ein angemessener Schutz gegen unbeabsichtigte oder vorsätzliche Korruption vorgesehen wird. Darüber hinaus müssen Beweise für ein rechtmäßiges oder unrechtmäßiges Eingreifen erfasst werden.

Die Europäische Kommission plant, bis spätestens Januar 2027 einen Leitfaden herauszugeben, in dem die Begriffe praxisnah erläutert und die Pflichten klargestellt werden. Eine von fünf Arbeitsgruppen zum EU-Leitfaden wird sich mit den Abschnitten zum Schutz vor Korruption befassen. Der Leitfaden interpretiert die EU-Verordnung und ist somit eine wichtige Referenz für die Normung.

Erste Bausteine zum Schutz vor Korruption stehen

Bei CENELEC haben die Normungsarbeiten an **prEN 50742** begonnen, in der die Anforderungen der Maschinenverordnung an den Schutz vor Korruption konkretisiert werden sollen. Die Norm soll möglichst mit anderen Security-Standards wie ISO/IEC 15408 (Common Criteria), EN 17640 (Cybersicherheitsevaluationsmethodologie für IKT-Produkte) und IEC 62443 (IT-Sicherheit von industriellen Kommunikationsnetzen) kompatibel sein. Außerdem soll sie auf eine äußerst breite Produktvielfalt anwendbar sein – vom Akkuschrauber über Werkzeugmaschinen und Hebebühnen bis hin zu Sicherheitsbauteilen. Ein Komitee-Entwurf (CD) der prEN 50742 wird im Sommer 2025 erwartet. Im Idealfall würde die Norm so zügig fertiggestellt, dass sie schon vor dem Anwendungsbeginn der MVO am 20. Januar 2027 harmonisiert ist.

Auch in der Überarbeitung der **ISO 12100** zur Sicherheit von Maschinen zeigt sich der Trend, neben der funktionalen Sicherheit (Safety) auch Fragen der IT-Sicherheit (Security) zu berücksichtigen. Als zielführender Weg zeichnet sich ab, dass zunächst alle möglichen Gefährdungen in einer klassischen Risikoanalyse erfasst werden. Dabei werden die Gefährdungen der Maschine ohne Schutzmaßnahmen betrachtet. Im nächsten Schritt werden die Maßnahmen umgesetzt. Die Schutzmaßnahmen müssen dann vor Korruption geschützt sein, damit sie ihre Aufgabe zuverlässig erfüllen können. Leitgedanke ist, dass durch die unbeabsichtigte oder vorsätzliche Korruption keine neuen Gefährdungen entstehen können. Dabei muss auch die zuverlässige Auswertung von Signalen wie etwa eine NOT-HALT Anforderung betrachtet werden. Das Institut für Arbeitsschutz der DGUV hat verschiedene Maschinensteuerungen untersucht und festgestellt, dass sich die NOT-HALT-Funktion in vielen Fällen erstaunlich leicht aus der Ferne korrumpieren lässt.

Auch die gleichzeitige Korruption vieler Maschinen muss in der Normung berücksichtigt werden. Falls zum Beispiel ein einzelner Aufzug oder eine Tanksäule ausfällt, ist dies relativ unkritisch. Ein flächendeckender Angriff auf alle Systeme mit identischer Steuerung kann jedoch katastrophale Auswirkungen haben. Während der gleichzeitige Ausfall durch Verschleiß höchst unwahrscheinlich ist, ist die flächendeckende Korruption aller gleichen Systeme ein gravierendes Security-Szenario.

Als ersten Schritt empfiehlt es sich für alle Unternehmen bereits heute, den Notfallkontakt nach RFC 9116 umzusetzen. Auch die wesentlichen Bausteine für die kommenden Normen zur IT-Sicherheit hat die Forschung seit Jahrzehnten dokumentiert. Die gegenwärtige Herausforderung liegt darin, dazu einen Konsens über das gesellschaftlich vertretbare Risiko zu finden und praxisnahe Prüfgrundsätze zu erarbeiten.

*Jonas Stein
Institut für Arbeitsschutz
der DGUV (IFA)
jonas.stein@dguv.de*

*Arne Sonnenburg
Bundesanstalt für Arbeitsschutz
und Arbeitsmedizin (BAuA)
sonnenburg.arne@
buaa.bund.de*

Normung: ein Beitrag zur Sicherheit der Versicherten der öffentlichen Hand

Von Schulen über die Feuerwehr bis hin zur Abfallentsorgung:
Für rund neun Millionen Versicherte der gesetzlichen Unfallversicherung in etwa 590.000 Unternehmen und Einrichtungen des öffentlichen Sektors leistet die Normung einen wichtigen Beitrag zur Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten.

Die gesetzliche Unfallversicherung sichert in Deutschland Beschäftigte und weitere Personengruppen bei Unfällen und Berufskrankheiten ab. Sie gliedert sich in die gewerblichen Berufsgenossenschaften und die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand. Letztere versichern nicht nur Beschäftigte im öffentlichen Dienst, sondern auch Kinder in Kitas und Schulen, Studierende sowie Ehrenamtliche und Teilnehmende an sozialen Maßnahmen wie Qualifizierungsprogrammen für Arbeitsuchende. Für diese sehr heterogene Gruppe gilt es nach §1 des Sozialgesetzbuchs VII, „mit allen geeigneten Mitteln Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten“. Eine anspruchsvolle Aufgabe, denn die Risiken unterscheiden sich je nach Tätigkeit und Berufsgruppe erheblich:

- Beschäftigte in Wasserwerken oder der Abfallentsorgung sind vermehrt Gefahrstoffen oder biologischen Risiken ausgesetzt.
- Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und Helfende im Katastrophenschutz tragen ein hohes Unfallrisiko bei Einsätzen und leiden oft unter psychischen Belastungen.
- Lehrkräfte, Erziehende oder Pflegepersonal sind von Infektionsrisiken, Lärmexposition und körperlichen Belastungen besonders betroffen.
- Verwaltungsangestellten fehlen häufiger ergonomische Bildschirmarbeitsplätze.
- Für Schüler, Schülerinnen und Studierende besteht die Gefahr, sich etwa beim Schulsport oder auf dem Weg zur Bildungseinrichtung zu verletzen.

Betriebliche Regelungen zur Sicherheit und Gesundheit trifft das nationale Vorschriften- und Regelwerk des Staates und der gesetzlichen Unfallversicherung. Wenn es um die Sicherheit von Produkten geht, mit denen die Versicherten in Berührung kommen, ist die Normung ein wirksames Mittel, um die vielfältigen Risiken bereits durch eine geeignete Konstruktion zu mindern, noch bevor die Produkte im Betrieb zum Einsatz kommen. Entscheidend ist dabei, Sicherheitsanforderungen konsequent in die nationale, europäische und internationale Normung einzubringen. Die Normen müssen gleichzeitig im Einklang mit unserer nationalen und europäischen Rechtsetzung und dem nationalen System technischer Vorschriften und Regeln stehen.



© Sigtrix - stock.adobe.com

Wie Normung bereits erfolgreich zur Prävention für die Versicherten der Unfallversicherung der öffentlichen Hand beigetragen hat, zeigen konkrete Beispiele aus verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen:

- **Schulranzen:** Damit Kinder auf dem Schulweg auch im Dunkeln gut zu erkennen sind, fordert die DIN 58124, dass bestimmte Oberflächenanteile von Schulranzen mit retroreflektierenden und fluoreszierenden Materialien versehen sein müssen.
- **Bürostühle:** Sitzende Tätigkeiten sind nicht besonders gesundheitsförderlich. Mangelhaft konstruierte Bürostühle können sogar gefährlich sein, wenn sie leicht umkippen können oder nicht für das richtige Gewicht ausgelegt sind. Die DIN EN 1335-2 legt deswegen fest, wie Bürostühle beschaffen sein müssen, damit das Verletzungsrisiko für die Nutzenden so gering wie möglich ist.
- **Therapieliegen:** Fast jeder von uns hat in einer Arzt- oder Physiotherapiepraxis schon auf einer Therapieliege gelegen – aber kaum jemand weiß, dass es durch Bodenschalter zur elektrischen Höhenverstellung schon zu schweren, ja sogar tödlichen Unfällen gekommen ist, weil Reinigungskräfte oder Kinder unter der Liege eingeklemmt wurden. Um dies künftig durch technische Maßnahmen schon bei der Herstellung zu vermeiden, wird gerade eine harmonisierte europäische Norm zur Sicherheit von medizinischen Liegen auf der Grundlage der deutschen Vornorm DIN VDE V 0750-2-52-2 erarbeitet.
- **Feuerwehrschrutzkleidung:** Feuerwehrleute gehören zu einer Berufsgruppe, die erheblichen Gefährdungen ausgesetzt ist. Für deren Sicherheit und Gesundheitsschutz sind persönliche Schutzausrüstungen von besonderer Bedeutung. Beispielsweise legt die DIN EN 469 Leistungsanforderungen für Schutzbekleidung für Tätigkeiten der Feuerwehr fest. Dies betrifft die Widerstandsfähigkeit gegen Hitze und Flammen, mechanische Beständigkeit, Wasserdichtheit, Sichtbarkeit und den Tragekomfort.
- **Abfallsammelfahrzeuge:** Beschäftigte bei der Müllabfuhr können zum Beispiel beim Mitfahren auf den Trittbrettern herunterfallen oder, wenn das Fahrzeug rückwärts fährt und das Sichtfeld des Fahrzeugführenden eingeschränkt ist, gequetscht werden. Die Normenreihe DIN EN 1501 enthält Sicherheitsanforderungen, die diese Risiken minimieren sollen. So ist, sobald jemand auf den Trittbrettern steht, die Höchstgeschwindigkeit des Fahrzeugs beschränkt und das Rückwärtsfahren durch technische Maßnahmen verhindert.
- **Forstmaschinen:** In der Vergangenheit ist es zu tödlichen Unfällen gekommen, da Beschäftigte oder Spaziergänger von Forstmaschinen wie Holz-Erntemaschinen (Harvestern) oder Rückefahrzeugen (Forwardern) überfahren wurden. Deswegen wurde auf Initiative und unter der Federführung der KAN die DIN 30767 erarbeitet, die Messmethoden zur Erfassung des Sichtfeldes von Personen festlegt, die auf dem Bedienplatz selbstfahrender Forstmaschinen sitzen.

Normung ist ein wirkungsvolles Instrument der Prävention, wenn sie ein hohes Schutzniveau für Produkte definiert, die an Arbeitsplätzen oder in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen eingesetzt werden. Die Fachleute der Unfallversicherung der öffentlichen Hand sind dabei mit ihrer Expertise unverzichtbar – sei es durch die aktive Mitarbeit in den Normungsgremien oder als Ansprechpersonen für die KAN. Die KAN unterstützt die Arbeit der Unfallversicherungsträger, indem sie mit allen Arbeitsschutzkreisen abgestimmte Stellungnahmen zu Normen abgibt und sich mit ihrem Gewicht dafür einsetzt, dass die Belange des Arbeitsschutzes berücksichtigt werden.

Angela Janowitz
janowitz@kan.de

Corrado Mattiuzzo
mattiuzzo@kan.de

Normung für Sicherheitsschränke zum Lagern und Laden von Lithium-Ionen-Batterien – Quo Vadis?

Auf dem Markt sind zahlreiche Varianten von Sicherheitsschränken verfügbar, die laut Hersteller das sichere Lagern und Laden von Lithium-Ionen-Batterien (LIB) erlauben sollen, die heute in zahlreichen akkubetriebenen Werkzeugen zum Einsatz kommen. Verbindliche Vorgaben des Staates oder der gesetzlichen Unfallversicherung an diese Lagerschränke fehlen bisher. Eine Produktnorm für Sicherheitsschränke könnte helfen, um das sichere Lagern und Laden von LIB zu gewährleisten.

Bei bestimmungsgemäßer Verwendung gelten Lithium-Ionen-Batterien als sicher. Insbesondere beim Ladeprozess können beschädigte oder defekte LIB jedoch ausgasen (sog. Venting) oder thermisch durchgehen (sog. Thermal Runaway). Bei diesen Prozessen können sich sowohl Brand- und Explosionsgefährdungen als auch Gefährdungen durch freigesetzte Gefahrstoffe ergeben. Geprüfte, zum Teil sogar GS-geprüfte Sicherheitsschränke zum sicheren Lagern und Laden von LIB, die Beschäftigte vor diesen Gefährdungen schützen sollen, werden mittlerweile in zahlreichen Varianten und Ausstattungen auf dem Markt angeboten. Dies führt in der Praxis zu zwei Problemen:

Problem 1: Das Produktsicherheitsgesetz bildet den Rahmen für Sicherheitsanforderungen an die Konstruktion, den Bau und die Ausrüstung von Sicherheitsschränken. Darüber hinaus bestehen hierzu keine konkreten staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Vorgaben. Diese Sicherheitsschränke sind Arbeitsmittel und müssen als solche die Anforderungen des Anhangs I der EU-Richtlinie 2009/104/EG über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit erfüllen, die in Deutschland durch die Betriebssicherheitsverordnung in nationales Recht umgesetzt worden ist. Adressat ist hier der Arbeitgeber und nicht der Hersteller eines Arbeitsmittels. Da der Arbeitgeber nur sichere Arbeitsmittel verwenden darf, ergeben sich hieraus nur indirekt Anforderungen an den Hersteller eines Sicherheitsschranks.

Problem 2: Die Sicherheitsschränke werden nach unterschiedlichen Prüfvorschriften geprüft (u.a. DIN EN 14470-1¹, Prüfgrundsatz EK5/AK4 22-01², VDMA Einheitsblatt 24994³), die im Wesentlichen auf die Brandgefährdungen im Falle eines Thermal Runaway abstellen, aber Explosionsgefährdungen und Gesundheitsgefährdungen durch freigesetzte Gefahrstoffe nicht betrachten. Zudem unterscheiden sie sich teilweise erheblich in Art und Umfang der Prüfungen (z.B. Feuerwiderstandsdauer, Rauchdichtheit). Dies erschwert es dem Betreiber zu erkennen, ob die Voraussetzungen für ein sicheres Lagern und Laden in diesen Schränken erfüllt sind.

Einheitlicher Standard erforderlich

Ein einheitlicher Standard für Sicherheitsschränke zum sicheren Lagern und Laden von LIB, in dem der Stand der Technik bzgl. der Anforderungen an Konstruktion, Bau und Ausstattung beschrieben wird und Prüfverfahren für diese Schränke festgelegt werden, könnte diese Probleme lösen.



Im Frühjahr 2023 hatte der Normenausschuss NA 055-02-02 „Laboreinrichtungen“ des DIN-Normenausschusses Laborgeräte und Laboreinrichtungen (FNLa) die Initiative gestartet, die Normenreihe DIN EN 14470 für feuerwiderstandsfähige Lagerschränke um einen Teil 3 „Sicherheitsschränke für aufladbare Energieträger“ zu ergänzen. In etwa zeitgleich begannen im Normenausschuss NA 060-20-01 „Geldschränke und Tresoranlagen“ des Normenausschusses Maschinenbau (NAM) die Arbeiten am VDMA Einheitsblatt „Prüfanforderungen für feuerwiderstandsfähige Lagerschränke für Lithium-Ionen-Batterien im Falle eines Thermal Runaway“, dessen Entwurf im August 2023 veröffentlicht wurde. Nach Ablauf der Kommentierungsfrist haben Fachleute beider Normenausschüsse sowie Vertreter der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und der DGUV eine finale Fassung dieses Einheitsblatts erarbeitet, die im August 2024 veröffentlicht wurde. Darin sind Prüfanforderungen für die Feuerwiderstandsfähigkeit beim Brand von außen sowie beim Brand von innen, aber keine weiteren Prüfungen bezüglich der Gas- oder Rauchdichtheit enthalten. Darüber hinaus sind Empfehlungen an Konstruktion, Bau und Ausstattung der Sicherheitsschränke integriert worden.

Inzwischen hat der NA 060-20-02 einen Antrag für ein europäisches Normungsprojekt im CEN/TC 263 „Secure storage of cash, valuables and data media“ eingebracht, der im Dezember 2024 angenommen wurde. Ausgehend vom VDMA Einheitsblatt soll eine europäische Norm erarbeitet werden, die entsprechende Prüfanforderungen an Sicherheitsschränke für LIB beinhaltet. Die Arbeiten an dem Normentwurf in der WG 2 „Fire resistance“ des CEN/TC 263 werden im Juni dieses Jahres starten. Die bereits bei der Erarbeitung des VDMA Einheitsblatts praktizierte Zusammenarbeit der zuständigen Normenausschüsse des FNLa und NAM soll auch bei Erarbeitung der europäischen Norm fortgesetzt werden. So werden Fachleute beider Normenausschüsse in der WG 2 des CEN/TC 263 an der Erarbeitung der Norm mitarbeiten. Wünschenswert wäre zu klären, ob dabei weitere Prüfungen zum Explosionsschutz und zum Schutz vor freiwerdenden Gefahrstoffen ergänzt werden sollten. Offen ist auch, ob der Anwendungsbereich um die Festlegung von Anforderungen an Konstruktion, Bau und Ausstattung ergänzt wird.

Aufgrund der Arbeiten am VDMA Einheitsblatt 24994 hatte der NA 055-02-02 zunächst die eigenen Arbeiten an einer Produktnorm für Sicherheitsschränke für LIB eingestellt. Da zurzeit nicht abgeschätzt werden kann, inwieweit das VDMA Einheitsblatt zu einer europäischen Norm mit Anforderungen sowohl an das Produkt als auch die Prüfungen weiterentwickelt wird, hat sich der NA 055-02-02 dazu entschlossen, ein entsprechendes internationales Normungsprojekt zu den Sicherheitsschränken im SC 9 „Laboratory furniture“ des ISO/TC 48 „Laboratory Equipment“ einzureichen. Dazu ist auf der letzten Sitzung des SC 9 im ISO/TC 48 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Battery Cabinets“ beschlossen worden, die einen entsprechenden Normungsantrag sowie einen ersten Entwurf einer Produktnorm erarbeiten soll.

Wohin sich die Reise im Bereich der Normung auch entwickeln wird: Am Ende sollten die Normen gewährleisten, dass ein sicheres Produkt für das Laden und Lagern von LIB hergestellt und dieses auch sicher betrieben werden kann.

*Dr. Andreas Kleineweischede
Berufsgenossenschaft Rohstoffe
und chemische Industrie (BG RCI)
andreas.kleineweischede@bgrci.de*

- 1 DIN EN 14470-1:2004-07 Feuerwiderstandsfähige Lagerschränke – Teil 1: Sicherheitsschränke für brennbare Flüssigkeiten
- 2 Beschlussliste EK5AK4: www.zls-muenchen.bayern.de/beschluesse/ek_zek_beschluesse/doc/ek5/ek5-ak4_beschlussliste.pdf
- 3 VDMA 24994:2024-08 Prüfanforderungen für feuerwiderstandsfähige Lagerschränke für Lithium-Ionen-Batterien im Falle eines Thermal Runaway

ANEC und KAN unterzeichnen Absichtserklärung

Die KAN und ANEC, die europäische Stimme der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Normung, haben mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung („Letter of Intent“) eine engere Zusammenarbeit vereinbart. In der Erklärung sind mögliche Bereiche der Zusammenarbeit und Unterstützung, wie beispielsweise der Austausch zu Normungsaktivitäten mit Verbraucher- und Arbeitsschutzbezug, festgelegt. Die offizielle Unterzeichnung fand am 22. Mai 2025 gemeinsam in Brüssel statt.

Der Arbeitsschutz und der Verbraucherschutz setzen sich in der Normung häufig für die gleichen Ziele ein – allen voran für die Sicherheit von Produkten. Aufgrund verschiedenster Schnittmengen strebte die KAN seit längerem eine Vernetzung und intensivere Zusammenarbeit mit ANEC an. Seit 2023 stehen die KAN-Geschäftsstelle und das ANEC-Sekretariat in regelmäßigem Austausch.

ANEC ist eine von vier Organisationen zur Förderung der Beteiligung relevanter Interessenträger nach Anhang III der Normungsverordnung (EU) Nr. 1025/2012.

EU-Splitter

Die Europäische Kommission hat am 28. März 2025 das jährliche **Arbeitsprogramm 2025 der Union für europäische Normung** veröffentlicht. Zu 78 strategischen Themen sollen die europäischen Normungsorganisationen Normen erarbeiten oder überarbeiten und damit die Verwirklichung des grünen, digitalen und resilienten Binnenmarktes unterstützen. Viele der Themen haben Arbeitsschutzrelevanz, z.B. Bauprodukte, künstliche Intelligenz, persönliche Schutzausrüstung und Sicherheit von Maschinen.

<http://data.europa.eu/eli/C/2025/1818/oj>

Die Europäischen Ministerinnen und Minister für Arbeit und Sozialpolitik haben sich am 14. und 15. April 2025 über die **Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt** ausgetauscht. Der zunehmende Einsatz von künstlicher Intelligenz und Algorithmen am Arbeitsplatz habe zwar positiven Einfluss auf Innovation und Produktivität der Arbeitswelt, berge jedoch auch Gefahren wie mangelnde Transparenz algorithmischer Entscheidungsprozesse oder übermäßige Überwachung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

<https://t1p.de/voiev>

Am 28. März 2025 hat die Europäische Kommission eine Studie zu Herausforderungen, Chancen und Trends des **algorithmischen Managements** (automatisierte Entscheidungen und Steuerung von Arbeitsprozessen durch Algorithmen) veröffentlicht. Für den Zeitraum bis September 2023 betrachtet die Studie Relevanz und Wirksamkeit der rechtlichen und politischen Maßnahmen sowie noch bestehende Unzulänglichkeiten in der Gesetzgebung.

https://t1p.de/Study_algorithmic_management

KAN-Seminar zu Normungsgrundlagen

Das Seminar „Grundlagen der Normungsarbeit im Arbeitsschutz“ richtet sich an aktive Mitglieder von Normungsgremien und an alle, die sich zum Nutzen von Sicherheit und Gesundheit mit der Normung befassen möchten. Es findet in diesem Jahr vom **20. bis 22. Oktober bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) in Sankt Augustin** statt.

Sie lernen im Seminar die Abläufe der Normenerarbeitung und Ihre Einflussmöglichkeiten in den verschiedenen Phasen kennen. Es geht um die Erarbeitung und Überarbeitung von Normen, um rechtliche Aspekte wie Harmonisierung und Vermutungswirkung, aber auch um Globalisierung und aktuelle Trends in der Normung. Tipps und Tricks, z.B. zur Recherche von Normen, unterstützen Sie bei der Mitarbeit in den Gremien. Daneben gibt Ihnen das Seminar die Möglichkeit, sich mit anderen Expertinnen und Experten zu vernetzen.

Das Seminar ist eine Kooperation zwischen dem Institut für Arbeit und Gesundheit der DGUV (IAG) und der KAN. Sie können es über das Buchungsportal des IAG buchen: <https://t1p.de/KAN-Seminar>

Neue Geschäftsführung bei DGUV und VFA

Dr. Stephan Fasshauer wird neuer Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) und folgt damit auf Dr. Stefan Hussy, der zum 30. Juni 2025 in den Ruhestand geht. Gleichzeitig wurde Dr. Fasshauer auch zum Geschäftsführer des Vereins zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa (VFA) gewählt, dem Träger der KAN. Dr. Fasshauer war zuvor Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund und verfügt damit über umfassende Erfahrung im Bereich der Sozialversicherung.

Wechsel in der Leitung der KAN-Geschäftsstelle

Neue Leiterin der KAN-Geschäftsstelle wird zum 1. Juli 2025 Dr. Monika Maintz. Sie ist promovierte Biologin und hat einen Masterabschluss in Marketing und Finanzen. Dr. Maintz verfügt über umfassende Berufserfahrung als Geschäftsführerin in der Industrie sowie in verschiedenen gemeinnützigen Organisationen des Umwelt- und Naturschutzes. 17 Jahre ihres Berufslebens hat sie in England verbracht.

Dr. Maintz folgt auf Angela Janowitz, die die KAN nach 30 Jahren verlässt, um sich neuen Herausforderungen zu stellen. Sie war kurz nach Gründung der KAN als Referentin zur Geschäftsstelle hinzugestoßen und hat ab 2008 als stellvertretende Leiterin und ab 2022 als Leiterin den sukzessiven Aufbau der Geschäftsstelle mit heute 25 Mitarbeitenden sowie die fachliche Arbeit der KAN maßgeblich mitgeprägt.

Content



Lead topic

- 17 Revision of the EU Standardisation Regulation
- 18 50th anniversary of the contract between DIN and the German government
- 19 Three questions for: Eckhard Metze, Head of the employers' liaison office at the KAN Secretariat until March 2025

Themes

- 20 Combating vulnerabilities with standards: new EU cybersecurity rules
- 22 Standardization and its contribution to the safety of insured persons in the public sector
- 24 Standardization of cabinets for safe storage and charging of lithium-ion batteries



26 In brief

- ANEC and KAN sign letter of intent
- EU news flash
- KAN seminar on the principles of standardization work
- A new director at the DGUV and VFA
- Change of Director at the KAN Secretariat

40 Events

Stay up to date:



KAN_Arbeitsschutz_Normung



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



Peer-Oliver Villwock

Chair of KAN

Federal Ministry of Labour
and Social Affairs (BMAS)

Indispensable: public interests in standardization

Standardization's role as an important instrument, underpinning legal acts in the European Single Market and governing product safety, and the associated relief on state resources, is now undisputed. The New Approach, adopted in 1985, set out at European level that legislation should be limited to establishing essential health and safety requirements. The technical details are to be defined by standardization activity.

As early as 1975, cooperation between the German federal government and DIN was regulated by a contract, thereby emphasizing the particular role of standardization in this context. A key point here is consideration for the public interest during standardization work – an important premise for occupational safety and health stakeholders being able to voice their concerns effectively.

The importance of standardization for the Single Market and the need for all stakeholders to be involved in it was anchored in the EU Standardisation Regulation of 2012. The upcoming revision of this Regulation should not place the role of standardization in doubt, but rather address recognized deficits. For example, harmonized standards should be listed in the EU Official Journal considerably more quickly; not, however, at the expense of consensus-building and the effective participation of all relevant stakeholders. In addition, the structural and financial support of social stakeholders should be expanded further. This is essential if standardization is to satisfy its public mandate to the full. «

Revision of the EU Standardisation Regulation

The European Commission is currently preparing revision of the Standardisation Regulation (EU) No. 1025/2012¹. The Regulation has served as the statutory framework for the development of harmonized standards in the European Union since 2012.

The Standardisation Regulation governs cooperation between the European Commission and the European standards organizations, and sets out framework conditions, for example for funding of the European standardization work mandated by the Commission, and the participation of stakeholders.

In 2023, the European Commission launched its evaluation of the Standardisation Regulation. As announced in the EU Strategy on Standardisation², the Regulation was to be reviewed to determine whether, over ten years after it became applicable, it is still fit for purpose and is keeping pace with developments in standardization at national, European and international level. To this end, the European Commission consulted the wider public and industrial and social stakeholders between May and July 2024. KAN participated in the consultation by providing detailed feedback, and raised key OSH concerns³.

In the course of the consultation, many stakeholders at national and European level expressed the view that the Standardisation Regulation is indeed still fit for purpose, and that scope for improvement is evident only with respect to its implementation. In KAN's view, the European standardization system is a decisive factor for the Single Market's success. The principles enshrined in it, such as transparency, the creation of standards by consensus and the broad participation of all stakeholders, are indispensable.

The European Commission presented the preliminary results of the evaluation in November 2024. It identified residual shortcomings with regard to the participation of all stakeholders. In principle, it sees the Regulation as having largely achieved its goal of improving stakeholder participation. Representation of small and medium-sized

enterprises (SMEs), trade unions, and other societal stakeholders such as consumer and environmental protection interests through what are termed the Annex III organizations, has been supported at European level since the Regulation came into force. Nevertheless, standardization activities continue to be considered too complex and cost-intensive for these stakeholders. Furthermore, representation of societal interests is governed inconsistently at national and international level. All of this presents obstacles to participation.

A major need for improvement was also identified with regard to the present pace of standardization. On average, development of a standard from beginning to end currently takes six years. Despite having been reduced in duration since the regulation entered into force, development still takes too long to meet the current needs of the Single Market and EU legislation. The European standardization system is struggling to deliver harmonized European standards as swiftly as is necessitated by the short innovation cycles of new technologies and for implementation of the European Green Deal⁴.

Standardization as a success factor for the EU's competitiveness

In January 2025, the European Commission announced revision of the Standardisation Regulation as one of its Flagship Actions enablers within the Competitiveness Compass⁵. Since the beginning of the new EU legislative cycle, standardization has thereby acquired even greater relevance for the EU's competitiveness and the success of the European Single Market. The Commission wishes to speed up the standardization process and make it more accessible, particularly for SMEs and start-ups.

Barbara Bonvissuto, Director with responsibility for standards policy at the Directorate-General for Internal

Market, Industry, Entrepreneurship and SMEs (DG GROW), explained in the European Parliament's Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) in February 2025 that the European standardization system is now facing further challenges. Firstly, geopolitical competition in international standardization is having an impact on areas that are critical for the safeguarding of European values and the EU's economic interests. Secondly, the Commission still faces the task of implementing the ruling of the European Court of Justice in 2024 on free access to harmonized standards⁶ (the "Malamud ruling").

According to the roadmap published by the Commission in February 2025 on the "Have your say" portal⁷, the next step is for a public consultation to be held in the second quarter of 2025 on revision of the Regulation. A concrete legislative proposal could then be published in the second quarter of 2026.

The KAN Secretariat will closely monitor the revision process as it develops in the coming years, and will advocate for the concerns of the occupational safety and health stakeholders.

Ronja Heydecke
heydecke@kan.de

¹ <http://data.europa.eu/eli/reg/2012/1025/oj>

² <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0031>

³ See KANBrief 3/24, www.kan.de/en/publications/kanbrief/3/24/kan-involved-in-consultation-on-the-eu-standardisation-regulation

⁴ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en

⁵ https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/competitiveness-compass_en

⁶ Ruling of 5 March 2024 (C-588/21 P), the "Malamud ruling"

⁷ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14511-Standardisation-Regulation-revision_en

50th anniversary of the contract between DIN and the German government

The contract¹ between the Federal Republic of Germany and the German Institute for Standardization was signed on 5 June 1975. This year therefore marks the 50th anniversary of the contract, which is still in force today. It is therefore fitting for us to take a closer look at the terms of the contract and its impact, however much it may appear retrospectively to be a dry legal transaction.

For a long time – almost 30 years after the Federal Republic of Germany was founded, and almost 60 years after creation of the first standards body in the country – Germany lacked a formal provision determining which of the various bodies involved in standardization constituted its national standards organization. Standardization work began in Germany in 1917, under the auspices of the *Normenausschuß der deutschen Industrie* (Standardisation Committee of German Industry). By the 1960s, standardization had acquired a new dimension: with Germany now embedded in the European Economic Community and with the onset of globalization, standards were increasingly being used to eliminate barriers to trade and promote economic growth through world trade. As a consequence, standardization acquired global importance and became an important factor in the industrial policies of the countries pursuing it. In Germany, standards were also found to be useful for describing technical requirements for the justice system and public administration, thus reducing the burden on state institutions.

Known by then as the *Deutscher Normenausschuss* (German Standardization Committee), the organization was given its current name – the *Deutsches Institut für Normung* (German Institute for Standardization), or DIN for short – in the run-up to signing of the contract in 1975. At that time, DIN was undisputedly the most important standards organization in Germany: both in general terms and, in conjunction with the German Association for Electrical, Electronic & Information Technologies (VDE) and its standardization organization, the DKE, specifically in the field of electrical standardization. DIN was also already a member of the European

and international standardization organizations CEN/CENELEC and ISO/IEC. Its de-facto status was recognized comprehensively by the German Federal Government in the contract, and has never been challenged since. The contract accords DIN the status of responsible standards body for the Federal Republic of Germany and stipulates that, as a member of the non-governmental international (and thus also European) standards organizations, it officially represents Germany in standardization matters.

Besides these rights, the contract also imposes obligations on DIN. The first of these is the comprehensive duty to consider the public interest during standardization activity. This enables groups primarily representing social interests (in contrast to commercial enterprises) to participate in standardization work. Such interests include environmental protection, consumer protection and, of course, occupational safety and health, all of which acquired new weight in standardization as a result of the contract between DIN and the German state. In fact, representatives of occupational safety and health are treated by DIN as a stakeholder group in its own right – a privilege not granted to them by any other standards organization. The parties assigned to this stakeholder group are in the first instance the representatives of KAN and of the DGUV and its member institutions.

DIN's duty to consider the public interest has given rise to the instrument of the block vote for stakeholders representing public interests in standardization. The block vote means that in the absence of a consensus, a German standards committee is prohibited from taking a decision that is contrary to the unanimous vote of any individual stakeholder

group. This is one reason (among others) why the provisions of the contract between DIN and the German state are still effective today – and are anything but trivial.

DIN also has a direct obligation to the state by virtue of the contract. The German government must, for example, be involved in DIN's steering committees and standards committees. Where the subject of standardization activity falls within their remit, public authorities must be involved in it. Furthermore, requests by the German government for standardization work must be accorded priority. In return, standardization work receives funding from the German government.

With conclusion of the contract, DIN and the German government embarked on a path of their own. As a result, DIN – a body funded by industry – remained an association, also retaining its autonomy from the state. By contrast, other countries nationalized their national standards organizations around that time, or bound them by legislation. The final paragraph of the contract between DIN and the German government shows that the ensuing cooperation between the two can be viewed retrospectively as a great success: since the end of 1976, both DIN and the German government have waived their right each year to terminate the contract.

Freeric Meier
meier@kan.de

¹ www.din.de/resource/blob/79650/76ad884fb2c4dd6aa5b900e7a1574da6/contract-din-and-brd-data.pdf

Three questions for: Eckhard Metze, Head of the employers' liaison office at the KAN Secretariat until March 2025

As Head of the employers' liaison office at the KAN Secretariat, Eckhard Metze represented the interests of employers on numerous standards and occupational safety and health committees for over 25 years, until his retirement at the end of March 2025.

You were a member of the DIN Standards Committee for Organizational Processes from its inception in 2013, and its Chairman from 2019 onwards. Why is this topic important to you?

When I became Head of the employers' liaison office at the KAN Secretariat, I focused on the subject of management standardization. The emphasis lay on occupational safety and health management systems and the transition from BSI OHSAS 18001 to EN ISO 45001, the first international standard in this area. I was also interested in the development of ISO 26000 on social responsibility.

Looking at the situation now, I'd prefer not to have so many standards in this area. If we're calling for bureaucracy to be reduced and red tape to be pruned back, we can't possibly at the same time consider it desirable to replace the rules concerned with standards whose application may well be voluntary in principle, but becomes mandatory through certification or as a requirement for contractual agreements. The Organizational Processes Standards Committee at DIN should be working against this trend.

What standardization topics do you consider particularly critical or important?

I find it questionable that standardization is increasingly encroaching into areas that have nothing to do with traditional technical standardization. Examples of this are subjects such as compliance, the combating of corruption, human resource management, sustainability of organizations, and also requirements concerning services and qualifications. It's becoming increasingly important for KAN to ensure that issues falling within the regulatory competence of the parties to collective bargaining are excluded from the scope of standardization.



Fukuda - Foto Menke

Topics such as remuneration or social aspects of occupational safety and health generally are out of place here.

The Standardisation working party of the European Commission's Advisory Committee on Health and Safety at Work is important in this context. This working party was founded in 2011 in response to an initiative by parties including the employers' liaison office at the KAN Secretariat. A special tripartite committee consequently exists at European level in which the state, employees and employers discuss issues of standardization policy. For example, the working party has discussed the addressing in standards of issues which under Article 153 of the Treaty on the Functioning of the European Union fall within the remit of the individual Member States or parties to collective bargaining.

The standardization of ergonomics has always been a particular concern of mine. Standards in this area communicate the principles of ergonomics and fundamental information on it to companies, and constitute a body of rules for work and product design that is accepted by all stakeholders. In the steering committee of the DIN Stand-

ards Committee Ergonomics, we've developed a modern concept for standardization in ergonomics. This concept has also had a decisive influence on the international and European standards committees ISO/TC 159 and CEN/TC 122. Ergonomics standardization serves as an important bridge between research activity and the field. As such, it also addresses the future issues of work design, and seeks solutions for current and future challenges. These include dealing with work-related mental stress, work design appropriate for an ageing workforce, and the shaping of the digital transformation and artificial intelligence.

In your view, what are the challenges currently facing standardization work?

I consider a particular challenge to be recruitment in future of sufficient numbers of staff for standardization activity who will help to represent German interests, not least in international standardization work. Sadly, international standardization activity is increasingly being driven by countries that no longer see standardization merely as a means of imparting knowledge, but primarily as a means of asserting national economic and trade interests. This must be opposed at all levels.

I think that the digitalization of standardization processes presents considerable opportunities. This can save time and resources in many areas. However, it's not a substitute for face-to-face meetings. The iron principle remains that standardization will succeed only if it's based on consensus. This, though, also requires as many societal groups as possible to participate in standardization activity, including representatives of the social partners, and also the research community, the public sector and civil society.

Combating vulnerabilities with standards: new EU cybersecurity rules

Security vulnerabilities in product software often go undetected. New EU regulations are set to change that. The Cyber Resilience Act and the Machinery Regulation set out clear requirements for the protection of control systems against accidental or intentional corruption. Standards bodies are now called upon to create a basis for secure and trustworthy technology in the European market, with consideration for the planned guidance document for the Machinery Regulation.

Every year, security researchers report thousands of IT vulnerabilities in products, ranging from backdoors in industrial control systems to radio controls that unquestioningly trust each and every transmitting party. Many users are not even aware of these security vulnerabilities, and to date, manufacturers have also had very little incentive to devote more resources to eliminating them. Following the market's failure to solve this problem, the European Commission responded with a comprehensive legislative package:

The **Cyber Security Act** sets out the mandate for the European Union Agency for Cybersecurity (ENISA). ENISA is intended to improve communication of vulnerabilities between reporting parties, manufacturers, operators and public authorities in Europe, and has set up a European database for this purpose.

The **NIS-2 Directive** defines obligations upon essential and important entities (organizations and companies) to make their network and information systems (NISs) secure, together with binding requirements for the reporting of security incidents. At present, several Member States are behind schedule with transposition of this directive into national law.

The **Cyber Resilience Act** (CRA) sets out manufacturers' obligations to avoid and deal with vulnerabilities. For example, the manufacturers' availability must be ensured by way of a facility for contact in an emergency. Several freely available specifications have been established for this communication channel. These define, for example, standardized provisions for describing the criticality of security vulnerabilities, and data formats for their description:

The RFC 9116 specification of the Internet Engineering Task Force (IETF) describes how companies can use a simple text file to store information available worldwide on who is to be informed of a vulnerability in an emergency. The CRA does not require a specific format for the list of software contained in the product (software



bill of materials, SBOM) that is to be generated by the manufacturer. The CycloneDX format and the open ISO/IEC 5692 standard, System Package Data Exchange, in particular, are currently meeting with wide acceptance. The SBOM can be used for automatic reporting of products containing software in which a security vulnerability has been detected. The ISO/IEC 20153 Common Security Advisory Framework (CSAF) has been established for the machine-readable recommendations required in the CRA. The significance of the CRA is also reflected in new work items. In the course of 2025 alone, around 40 proposals are to be voted on for new standards that are to be harmonized under the CRA.

EU guidance document supports the safety requirements of the Machinery Regulation

The Machinery Regulation, which is addressed to manufacturers, requires in Annex III, Sections 1.1.9 and 1.2.1 that adequate protection against accidental or intentional corruption be assured from the design stage onwards. In addition, evidence of legitimate or illegitimate intervention must be collected.

The European Commission plans to publish, by January 2027 at the latest, a guide providing a practical explanation of the concepts and clarifying the obligations. One of the five working groups developing the guide is to deal with the sections on protection against corruption. The guide constitutes the interpretation of the Regulation and will therefore also provide important support for standardization activity.

First components for protection against corruption now in place

Standardization work on **prEN 50742** has been launched at CENELEC. This standard is to support the requirements of the Machinery Regulation for protection against corruption. It is intended to be compatible as far as possible with other security standards such as ISO/IEC 15408 (Common Criteria), EN 17640 (fixed-time cybersecurity evaluation methodology for ICT products) and IEC 62443 (security for industrial automation and control systems). It should also be suitable for application to an extremely wide product spectrum, from cordless screwdrivers to machine tools, lifting platforms and safety components. A committee draft (CD) of prEN 50742 is expected in the summer of 2025. Ideally, the standard should be completed in time for it to be harmonized before the Machinery Regulation becomes applicable on 20 January 2027.

The trend for IT security issues to be considered as well as safety issues is also evident from the revision of **ISO 12100** on the safety of machinery. It is becoming apparent that the most effective approach is for all possible hazards first to be identified in a conventional risk analysis. This involves analysis of the hazards presented by the machine in the absence of protective measures. The measures are implemented in the next step. The protective measures themselves must be protected against corruption, to ensure that they are able to function reliably. The guiding principle is that accidental or intentional corruption must not give rise to new hazards. Reliable evaluation of signals, such as an emergency stop request, must also be taken into account. The Institute for Occupational Safety and Health of the DGUV (IFA) has analysed a range of machine control systems and determined that in many cases, the emergency stop function can be corrupted remotely with surprising ease.

Standardization must also address simultaneous corruption of a large number of machines. For example, failure of a single lift or petrol pump is relatively uncritical. By contrast, a comprehensive attack on all systems equipped with the same control system may have catastrophic consequences. Whereas simultaneous failure of systems due to wear and tear is highly unlikely, comprehensive corruption of all systems of a particular type constitutes a serious security scenario.

Companies are advised to implement the emergency contact facility described in RFC 9116 immediately as the first step. Research has also been documenting the key elements of future IT security standards for decades. The current challenge lies in finding a consensus on the socially acceptable risk and developing practical test specifications.

*Jonas Stein
Institute for Occupational Safety
and Health of the DGUV (IFA)
jonas.stein@dguv.de*

*Arne Sonnenburg
Federal Institute of Occupational
Safety and Health (BAuA)
sonnenburg.arne@baua.bund.de*

Standardization and its contribution to the safety of insured persons in the public sector

From schools to fire brigades and waste disposal: standardization makes an important contribution to the prevention of accidents and occupational diseases among some nine million people insured by the German Social Accident Insurance Institutions in around 590,000 public-sector entities and institutions.

The German social accident insurance system provides cover for employees and other groups of people in the event of accidents and cases of occupational disease. It comprises the German Social Accident Insurance Institutions for trade and industry and those for the public sector. The latter insure not only public-sector employees, but also children in schools and daycare centres, students, volunteers and participants in social measures such as training programmes for job-seekers. For this very diverse group, Volume VII, Section 1 of the German Social Code (SGB) states that all suitable means must be used to assure the prevention of occupational accidents, occupational diseases and work-related health hazards. This is a challenging task, as the risks vary considerably according to the activity and occupational group concerned:

- Workers in waterworks and waste disposal face greater exposure to hazardous substances or biological risks.
- Workers in the police services, fire brigades, ambulance services and disaster relief face a high risk of accidents during deployments, and often suffer from mental stress.
- Teachers, childcare professionals and nursing staff are particularly exposed to risks of infection, noise and physical stress.
- Administrative staff frequently work at unergonomic VDU workstations.
- Schoolchildren and students are at risk of injury, for example during school sports or on their commute to and from their educational establishment.



© Countrypixel - stock.adobe.com

Operational arrangements governing safety and health can be found in the national body of rules and regulations and those of the German Social Accident Insurance. Standardization is an effective means of reducing the various risks to insured persons presented by products, as it ensures that they are designed appropriately before they are even used in the workplace. The decisive factor here is that safety requirements are considered systematically during national, European and international standardization activity. At the same time, the standards must be consistent with German and European legislation and the German system of technical rules and regulations.

Real-case examples from a range of vocational and other areas of life show how standardization has already contributed successfully to preventive activity to the benefit of persons insured by the German Social Accident Insurance Institutions for the public sector:

- **School bags:** to ensure that children can be seen easily on their way to school, even in the dark, DIN 58124 requires that a certain proportion of a school bag's surface area must be fitted with retroreflective and fluorescent materials.
- **Office chairs:** performing work whilst seated is not particularly conducive to good health. Poorly designed office chairs may even be dangerous, when they can tip over easily or are not rated for the weight of the user. EN 1335-2 therefore specifies how office chairs must be designed so as to keep the risk of injury to users as low as possible.
- **Treatment tables:** most people have, at some point, lain on a treatment table in a doctor's surgery or physiotherapy practice. Hardly anyone, however, is aware that floor switches for electrical height adjustment have already caused serious and in some cases fatal accidents because cleaning staff or children have become trapped beneath the table. To prevent such accidents in the future by technical measures, beginning at the manufacturing stage, a harmonized European standard addressing the safety of medical treatment tables is currently being developed, based on the German DIN VDE V 0750-2-52-2 pre-standard.
- **Protective clothing for firefighters:** as an occupational group, firefighters are exposed to considerable hazards. Personal protective equipment is particularly important to ensure their safety and health. EN 469, for example, sets out performance requirements for protective clothing worn during fire brigade deployments. These concern the clothing's resistance to heat and flames and its mechanical resistance, water-tightness, visibility and wear comfort.
- **Refuse collection vehicles:** refuse collection workers can, for example, fall off a vehicle when riding on the footboards, or be crushed when the vehicle is reversed and the driver's field of view is impaired. The EN 1501 series of standards contains safety requirements intended to reduce these risks to a minimum. For example, as soon as a person is standing on the footboards, technical measures limit the vehicle's maximum speed and prevent reversing.
- **Forestry machinery:** fatal accidents have occurred in the past involving workers or pedestrians being run over by forestry machinery such as timber harvesters or forwarders. For this reason, DIN 30767 was developed at the instigation and under the auspices of KAN. This standard specifies measurement methods for determining the field of view of persons sitting at the controls of self-propelled forestry machinery.

Standardization is an effective prevention instrument when it defines a high level of protection for products that are used at workplaces or in public establishments such as schools. Thanks to their expertise, the experts at the German Social Accident Insurance Institutions for the public sector play an indispensable part here: whether through active participation on standards committees, or as points of contact for KAN. KAN supports the work of the accident insurance institutions by issuing comments on standards that are agreed with all OSH stakeholders, and by using its influence to ensure that OSH concerns are taken into account.

*Angela Janowitz
janowitz@kan.de*

*Corrado Mattiuzzo
mattiuzzo@kan.de*

Standardization of cabinets for safe storage and charging of lithium-ion batteries: where next?

Numerous forms of safety storage cabinet are available on the market which according to their manufacturers are intended to allow safe storage and charging of the lithium-ion batteries (LIBs) now used in many types of battery-powered tools. To date, neither the legislator nor the German Social Accident Insurance Institutions have issued provisions binding in Germany for such storage cabinets. A product standard for safety storage cabinets would be one means of ensuring that LIBs are stored and charged safely.

Provided they are used as intended, lithium-ion batteries are considered safe. However, damaged or defective LIBs can vent gas or undergo thermal runaway, particularly during charging. These processes can give rise to fire and explosion hazards, and also hazards presented by the release of hazardous substances. Safety storage cabinets that are tested and in some cases even GS-certified for the safe storage and charging of LIBs and are intended to protect workers against these hazards are now available on the market in numerous variants and configurations. In practice, this leads to two problems:

Problem 1: The German Product Safety Act (ProdSG) serves as the framework for safety requirements for the design, construction and equipment of safety storage cabinets. Beyond the ProdSG, no specific state or accident insurance regulations exist in this area. These safety storage cabinets constitute work equipment and as such must satisfy Annex I of EU Directive 2009/104/EC concerning the minimum safety and health requirements for the use of work equipment by workers at work, which has been transposed into German law by the German Ordinance on industrial safety and health (BetrSichV). The BetrSichV is addressed to the employer, not to the manufacturer of an item of work equipment. As the employer may not use work equipment that is not safe, the BetrSichV places only indirect requirements upon the manufacturer of a safety storage cabinet.

Problem 2: The safety storage cabinets are tested against a number of different test specifications (including EN 14470-1¹, the German test specification EK5/AK4 22-01², VDMA specification 24994³). These are based essentially on the fire hazards in the event of a thermal runaway, and do not consider explosion hazards, or health hazards arising from the release of hazardous substances. They also differ, in some cases considerably, in the nature and scope of the tests (e.g. duration of fire resistance, smoke tightness). This makes it difficult for the operator to determine whether the requirements for safe storage and charging in these cabinets are met.

A standard is required

These problems could be resolved by a standard for cabinets for the safe storage and charging of LIBs. Such a standard would describe the state of the art for the design, construction and equipment requirements for the cabinets, and set out test procedures for them.

In spring 2023, committee NA 055-02-02, Lab furniture, of the DIN Standards Committee Laboratory Devices and Installations (FNLa) launched the initiative to add a Part 3 to the EN 14470 series of standards on fire safety storage cabinets. The new part of the series was to address fire-resistant safety storage cabinets for rechargeable energy sources. At around the same time, the standards committee NA 060-20-01, Safes and strongrooms, of the DIN Standards Committee Mechanical Engineering (NAM) began work on the VDMA specification: Test requirements for fire-protection storage cabinets for lithium-ion batteries in the case of thermal runaway. The draft of this specification was published in August 2023. Following expiry of the deadline for comments, experts from the two standards committees and representatives of the German Federal Institute for Materials Research and Testing (BAM) and the DGUV drew up a final version of this specification, which was published in August 2024. It contains test requirements for resistance to fire both inside and outside the cabinet, but no further tests regarding gas or smoke tightness. Recommendations for the design, construction and equipment of safety storage cabinets were also added to the specification.

Since then, NA 060-20-02 has submitted an application for a European standardization project in CEN/TC 263, Secure storage of cash, valuables and data media. The application was approved in December 2024. Based on the VDMA specifica-

tion, a European standard is to be developed that includes relevant test requirements for safety storage cabinets for LIBs. Work on the draft standard in CEN/TC 263 WG 2, Fire resistance, will begin in June of this year. Cooperation between the responsible standards committees of FNLa and NAM in the development of the VDMA specification is to be continued in the development of the European standard. Experts from both standards committees will therefore be involved in drafting the standard in WG 2 of CEN/TC 263. Ideally, it should be determined whether further tests of protection against explosion and against the release of hazardous substances should be added to the standard. It is also unclear whether the standard's scope will be extended to include requirements for the design, construction and equipment of the safety storage cabinets.

Owing to the work on VDMA specification 24994, NA 055-02-02 initially halted its own work on a product standard for safety storage cabinets for LIBs. As it cannot be foreseen at this time to what extent the VDMA specification will be developed further into a European standard containing requirements for both the product and the tests, NA 055-02-02 has decided to submit a corresponding international standardization project on safety storage cabinets to SC 9, Laboratory furniture, of ISO/TC 48, Laboratory equipment. At the last meeting of SC 9 in ISO/TC 48, the decision was taken to set up a Battery Cabinets working group to develop an application for standardization for this purpose and an initial draft of a product standard.

In whichever direction standardization takes us: ultimately, the standards should ensure that a safe product can be manufactured for the charging and storage of LIBs and that this product can also be operated safely.

*Dr Andreas Kleineweischede
German Social Accident
Insurance Institution for the raw
materials and chemical industry
(BG RCI)
andreas.kleineweischede@
bgrci.de*

¹ EN 14470-1 Fire safety storage cabinets – Part 1: Safety storage cabinets for flammable liquids

² List of decisions taken by EK5AK4 www.zls-muenchen.bayern.de/beschluesse/ek_zek_beschluesse/doc/ek5/ek5-ak4_beschlussliste.pdf (in German)

³ VDMA 24994:2024-08 Test requirements for fire-protection storage cabinets for lithium-ion batteries in the case of thermal runaway



© Tony Baggett - stock.adobe.com

ANEC and KAN sign letter of intent

ANEC, the European voice of consumers in standardization, and KAN have signed a joint letter of intent in which they agree to cooperate more closely. The letter of intent sets out possible areas of cooperation and mutual support, such as dialogue concerning standardization activities relevant to consumer protection and occupational safety and health. It was officially signed by the two parties in Brussels on 22 May 2025.

Stakeholder groups concerned with occupational safety and health and consumer protection are often working towards the same goals in standardization, notably for the safety of products. Owing to the diverse areas of overlap in their activities, KAN has long sought to network with ANEC and step up cooperation with it. The secretariats of KAN and ANEC have been in regular contact since 2023.

ANEC is one of four organizations promoting the participation of relevant stakeholders in standardization in accordance with Annex III of Standardisation Regulation (EU) No 1025/2012.

EU news flash

On 28 March 2025, the European Commission published the **2025 annual Union work programme for European standardisation**. It foresees the European standards organizations developing or revising standards for 78 policy priorities, thereby supporting realization of the green, digital and resilient Single Market. Many of the topics to be addressed are relevant to occupational safety and health. Examples are construction products, artificial intelligence, personal protective equipment and the safety of machinery.

<http://data.europa.eu/eli/C/2025/1818/oj>

On 14 and 15 April 2025, EU ministers of employment and social policy exchanged their views on the **impact of digitalization on the world of work**. They held that although the growing use of artificial intelligence and algorithms in the world of work has a positive impact on innovation and productivity, it also harbours risks, such as a lack of transparency in algorithmic decision-making processes, and excessive surveillance of employees.

<https://t1p.de/voiev>

On 28 March 2025, the European Commission published a study into the context, challenges, opportunities and trends in **algorithmic management** (automated decision-making and control of work processes by algorithms). The study analyses, for the period up to September 2023, the relevance and effectiveness of legal and policy measures, and the remaining gaps in the legislation.

https://t1p.de/Study_algorithmic_management

KAN seminar on the principles of standardization work

The seminar on the principles of standardization work in occupational safety and health is intended for members of standards committees and any persons interested in the use of standardization for the benefit of safety and health. It will be held this year from **20 to 22 October in Sankt Augustin**.

Those attending the seminar will become familiar with the procedures for standards development, and with their own opportunities to exert influence upon it during the various phases. It covers the drafting and revision of standards, legal aspects such as harmonization and the presumption of conformity, and also globalization and current trends in standardization. Useful advice will be provided, such as on searching for information on standardization and standards, by which work on the committees can be made more effective. The seminar also provides an opportunity for networking with other experts.

The seminar will be held jointly by the Institute for Work and Health of the DGUV (IAG) and KAN (in German). Places can be booked at <https://t1p.de/KAN-Seminar>

A new director at the DGUV and VFA

Dr Stephan Fasshauer has been designated as new Director General of the German Social Accident Insurance (DGUV). He will succeed Dr Stefan Hussy, who is to retire at the end of June 2025. Dr Fasshauer was simultaneously designated as Director of KAN's supporting body, the Association for the Promotion of Occupational Safety in Europe (VFA). He was formerly Director of Deutsche Rentenversicherung Bund (the German retirement pensions insurance fund), and therefore has extensive experience in the sphere of social insurance.

Change of Director at the KAN Secretariat

Dr Monika Maintz will become the new Head of the KAN Secretariat on 1 July 2025. She holds a doctorate in biology and a master's degree in marketing and finance. Dr Maintz has extensive professional experience as a managing director in industry and in a number of non-profit environmental and nature conservation organizations. She spent 17 years of her professional life in England.

Dr Maintz succeeds Angela Janowitz, who is leaving KAN after 30 years to take up new challenges. Ms Janowitz joined the KAN Secretariat as a technical officer shortly after its foundation. Assuming the posts of Deputy Head in 2008 and Head of the Secretariat in 2022, she was instrumental in the progressive expansion of the Secretariat, which now has 25 employees, and in KAN's technical work.

Sommaire



© Plo Si - stock.adobe.com

Dossier

- 29 La révision du règlement de l'UE sur la normalisation
- 31 L'Accord entre le DIN et l'État allemand a 50 ans
- 32 Trois questions à... Eckhard Metze, responsable du bureau Employeurs au sein de la KAN jusqu'en mars 2025

Thèmes

- 33 De la vulnérabilité à la norme – l'UE redéfinit les règles sur la cybersécurité
- 35 Normalisation : une contribution à la sécurité des assurés du service public
- 37 Normalisation des armoires de sécurité pour le stockage et la charge des batteries lithium-ion



© kaspat - stock.adobe.com



© GamePixel - stock.adobe.com

39 En bref

L'ANEC et la KAN signent une lettre d'intention
Brèves de l'UE
Séminaire de la KAN sur les principes de la normalisation
Nouvelle direction à la DGUV et à la VFA
Changement à la direction du Secrétariat de la KAN

40 Agenda

Restez toujours informés :



KAN_Arbeitsschutz_Normung



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



© stock.adobe.com



Peer-Oliver Villwock

Président de la KAN

Ministère fédéral du Travail et des
Affaires sociales

L'intérêt public, élément indispensable de la normalisation

Instrument important à l'appui des actes juridiques dans le Marché intérieur européen et relatifs à la sécurité des produits, la normalisation joue un rôle aujourd'hui incontesté, contribuant ainsi à alléger la charge des États. Avec la Nouvelle Approche, adoptée en 1985, il a été décidé au niveau européen que, en matière de protection de la sécurité et de la santé, la législation devait se limiter à définir des exigences essentielles, les détails techniques devant être précisés dans la normalisation.

En Allemagne, la coopération entre l'État fédéral et le DIN a été scellée par un accord dès 1975, ce qui a souligné le rôle particulier de la normalisation. Un point essentiel de cet accord est la prise en compte de l'intérêt public dans le travail de normalisation – une condition importante pour les préventeurs, qui peuvent ainsi faire valoir efficacement leurs enjeux.

Le règlement de l'UE sur la normalisation, de 2012, a souligné durablement l'importance de la normalisation pour le Marché intérieur, et la nécessité d'y associer toutes les parties intéressées. La révision imminente de ce règlement ne devrait pas remettre en cause le rôle de la normalisation, mais plutôt remédier aux lacunes identifiées. Il faudrait par exemple que la publication des normes harmonisées dans le Journal officiel de l'UE s'effectue beaucoup plus rapidement, sans toutefois que cela se fasse au détriment de la recherche d'un consensus ni de la participation effective de toutes les parties prenantes concernées. Il conviendrait en outre d'encourager et de subventionner davantage l'action des parties prenantes issues de la société civile, une condition essentielle pour que la normalisation puisse remplir pleinement sa mission d'intérêt public. «

La révision du règlement de l'UE sur la normalisation

La Commission européenne prépare actuellement la révision du règlement sur la normalisation (UE) n° 1025/2012¹. Depuis 2012, ce texte définit le cadre juridique pour l'élaboration des normes harmonisées au sein de l'Union européenne.

Le règlement sur la normalisation régit la coopération entre la Commission européenne et les organismes européens de normalisation, et définit les conditions générales, telles que le financement du travail de normalisation européen mandaté par la Commission, ainsi que la participation des parties intéressées.

En 2023, la Commission européenne a lancé une évaluation du règlement sur la normalisation. Comme annoncé dans la stratégie de l'UE en matière de normalisation², le règlement devait faire l'objet d'une évaluation afin de déterminer si, plus de dix ans après son entrée en application, il était toujours adapté à son objectif, et s'il répondait au rythme d'innovation dans la normalisation, au niveau national, européen et international. À cet effet, entre mai et juillet 2024, la Commission européenne a lancé une consultation auprès du grand public et des parties intéressées du monde économique et social. La KAN a participé à cette consultation, en fournissant un avis détaillé et en faisant valoir des enjeux centraux de la SST.³

Dans le cadre de cette consultation, de nombreuses parties intéressées, au niveau national et européen, ont répondu que le règlement sur la normalisation restait effectivement pertinent et que ce n'est qu'au niveau de sa mise en œuvre que des améliorations pourraient s'avérer utiles. Du point de vue de la KAN, le système de normalisation européen constitue un facteur décisif du succès du Marché intérieur. Les principes qui y sont ancrés, tels que la transparence, l'élaboration de normes basée sur le principe du consensus et une vaste participation de toutes les parties prenantes, sont incontournables.



En novembre 2024, la Commission européenne a présenté les résultats provisoires de l'évaluation. Concernant la participation de toutes les parties prenantes, elle constate encore des déficits. D'une manière générale, le règlement a, certes, atteint largement son objectif, à savoir améliorer la participation des parties prenantes : la représentation des petites et moyennes entreprises (PME), des syndicats et d'autres acteurs sociaux, tels que les consommateurs et les défenseurs de l'environnement par le biais des organisations remplissant les critères énoncés à l'Annexe III, s'est trouvée subventionnée au niveau européen depuis l'entrée en vigueur du règlement. Pour ces acteurs, les activités de normalisation restent néanmoins trop complexes et trop coûteuses. De plus, la représentation des intérêts sociétaux n'est pas réglementée de la même façon au niveau national et international. Autant de facteurs qui ne facilitent pas la participation.

La rapidité du système de normalisation est un autre domaine où une nette amélioration s'avère nécessaire. Aujourd'hui, l'élaboration complète d'une norme prend en moyenne six ans. Même si ce processus s'est déjà accéléré par rapport à la situation qui régnait avant l'entrée en vigueur du règlement, ce délai reste trop long pour répondre aux exigences actuelles du Marché intérieur et de la législation de l'UE. Le système européen de normalisation peine à fournir des normes européennes harmonisées aussi rapidement que l'exigeraient la rapidité des cycles d'innovation dans les nouvelles technologies et la mise en œuvre du Pacte vert pour l'Europe⁴.

La normalisation, facteur de réussite pour la compétitivité de l'UE

En janvier 2025, la Commission européenne a annoncé que la révision du règlement sur la normalisation serait l'un des catalyseurs horizontaux de la « Boussole pour la compétitivité »⁵. Depuis le début de la nouvelle législature européenne, la normalisation a ainsi gagné en importance pour la compétitivité de l'UE et le succès du Marché intérieur européen. La Commission souhaite accélérer le processus de normalisation et le rendre plus accessible en particulier pour les PME et les start-ups.

En février dernier, Barbara Bonvissuto, directrice en charge de la normalisation auprès de la Direction générale du marché intérieur, de l'industrie, de l'entrepreneuriat et des PME (DG GROW), a déclaré auprès de la Commission du marché intérieur et de la protection des consommateurs (IMCO) du Parlement européen que le système européen de normalisation devait en outre faire face actuellement à de nouveaux défis. La concurrence géopolitique dans le domaine de la normalisation internationale a en effet un impact sur des secteurs essentiels pour la préservation des valeurs européennes et des intérêts économiques de l'UE. Et, par ailleurs, la Commission reste confrontée à la mission qui consiste à mettre en œuvre l'arrêt rendu en 2024 par la Cour de justice de l'Union européenne sur le libre accès aux normes harmonisées (arrêt « Malamud »)⁶.

Selon la feuille de route publiée en février 2025 par la Commission sur son portail « Donnez votre avis »⁷, la prochaine étape, prévue pour le deuxième trimestre 2025, est une consultation publique sur la révision du règlement. Une proposition législative concrète pourrait alors être publiée au deuxième trimestre 2026.

Le Secrétariat de la KAN suivra de très près le processus de révision durant ces prochaines années, et fera valoir les enjeux des acteurs de la SST.

Ronja Heydecke
heydecke@kan.de

1 <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2012/1025/oj#>

2 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0031>

3 Voir la KANBrief 3/24 : www.kan.de/fr/publications/kanbrief/3/24/la-kan-participe-a-la-consultation-sur-le-reglement-ue-sur-la-normalisation

4 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_fr

5 https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/competitiveness-compass_fr

6 Arrêt du 5 mars 2024 (C-588/21 P), (« arrêt Malamud »)

7 https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14511-Revision-du-reglement-relatif-a-la-normalisation_fr

L'Accord entre le DIN et l'État allemand a 50 ans

Le 5 juin 1975 a été conclu l'Accord d'État¹ entre la République fédérale d'Allemagne et l'Institut allemand de normalisation. Valable encore aujourd'hui, ce traité entre le DIN et le gouvernement fédéral célèbre donc cette année son 50e anniversaire. Une raison suffisante pour se pencher sur le contenu et sur l'impact de ce qui, rétrospectivement, apparaît comme une opération juridique plutôt austère.

Pendant longtemps, à savoir près de 30 ans depuis la fondation de la République fédérale, voire près de 60 ans si l'on se rapporte à la période précédant la création de la RFA, l'Allemagne s'est accommodée du fait qu'elle n'avait pas défini laquelle des organisations effectuant des travaux de normalisation devait être son organisme national de normalisation. Et pourtant, le travail de normalisation était déjà pratiqué en Allemagne depuis 1917, d'abord sous le nom de *Normenausschuß der deutschen Industrie* (Comité de normalisation de l'industrie allemande). Ce qui, initialement, servait à rationaliser l'industrie, et aussi à accélérer la production d'armement, avait acquis une dimension nouvelle au plus tard au début des années 60, avec l'intégration dans la Communauté économique européenne et les débuts de la mondialisation. De plus en plus, les normes ont alors servi à favoriser la suppression des barrières commerciales et la croissance économique grâce au commerce mondial. Prenant ainsi une dimension mondiale, la normalisation est devenue un facteur important de la politique industrielle des États participants. En Allemagne, on a constaté par ailleurs que les normes aidaient à décrire les exigences techniques pour le monde juridique et administratif, et pouvaient ainsi alléger le travail de l'État.

Dénommée précédemment *Deutscher Normenausschuß* (Comité de normalisation allemand), l'organisation reçoit, en amont de la conclusion du contrat en 1975, son nom actuel : Deutsches Institut für Normung – en abrégé DIN (Institut allemand de normalisation). À l'époque, le DIN était incontestablement l'organisme de normalisation le plus important en Allemagne, d'une manière générale, mais aussi dans le domaine de la normalisation électrotechnique, en association avec la Fédération allemande des industries de l'électrotechnique, de l'électronique et de l'ingénierie de l'information (le VDE)

et son organisme de normalisation, la DKE. Le DIN était en outre déjà membre des organisations européennes et internationales de normalisation que sont le CEN/CENELEC et l'ISO/CEI. Reconnu à sa juste valeur par le gouvernement fédéral lors de la conclusion de l'Accord d'État, cet état de fait n'a, depuis lors, jamais été remis en question. Cet accord reconnaît le DIN comme étant l'organisme de normalisation compétent pour la République fédérale d'Allemagne, et stipule que, en sa qualité de membre d'organismes de normalisation non-gouvernementaux internationaux (et donc également européens), le DIN agit en tant que représentant officiel de l'Allemagne.

D'un autre côté, le DIN contracte également des engagements au titre de l'Accord. On mentionnera tout d'abord l'obligation absolue de prendre en compte l'intérêt public dans la normalisation. L'accès au travail de normalisation est ainsi ouvert non seulement aux entreprises industrielles et commerciales, mais aussi aux groupes qui défendent en premier lieu des intérêts sociétaux, notamment la protection de l'environnement, la protection des consommateurs et, bien entendu, également la sécurité et la santé au travail, autant d'enjeux qui, grâce à l'Accord d'État, ont acquis un poids nouveau dans la normalisation. Au sein du DIN, la SST est même reconnue comme cercle d'intérêt particulier, privilège qu'aucun autre organisme de normalisation n'accorde à ce domaine. Ce cercle d'intérêt regroupe principalement des représentants de la KAN et de la DGUV et de ses membres.

C'est de cet engagement qu'est né, pour les organismes d'intérêt public dans la normalisation, l'instrument du vote unanime. Celui-ci stipule que, en l'absence de consensus dans un comité de normalisation allemand, aucune décision ne peut être prise contre le vote unanime d'un cercle intéressé. Un fait

– mais pas le seul – qui montre que les clauses de l'Accord d'État n'ont rien perdu de leur validité et ne sont aucunement marginales.

Au titre de l'Accord, le DIN assume aussi directement des engagements vis-à-vis de l'État. Ainsi, les comités de pilotage et les comités de normalisation doivent systématiquement associer et consulter le gouvernement fédéral dans leurs travaux. Les administrations doivent être impliquées dans le travail de normalisation, en fonction de leur domaine de compétence. De plus, les demandes émanant du gouvernement fédéral concernant des travaux de normalisation doivent être traitées en priorité. En contrepartie, la normalisation bénéficie aussi d'une subvention d'État.

En concluant l'Accord d'État, le gouvernement fédéral et le DIN ont emprunté une voie qui leur est propre. Financé par le secteur économique, l'organisme de normalisation a, de ce fait, gardé son statut d'association et donc son autonomie vis-à-vis de l'État. À la même époque, d'autres pays ont, en revanche, nationalisé leurs organismes de normalisation, ou bien les ont liés par une loi sur la normalisation. Rétrospectivement, on peut considérer que la coopération issue de l'Accord entre l'État et le DIN est une véritable réussite, comme en témoigne le dernier paragraphe du texte : chaque année depuis fin 1976, tant le DIN que le gouvernement fédéral n'ont pas fait usage de leur droit à résilier l'Accord.

Freeric Meier
meier@kan.de

¹ www.din.de/resource/blob/79650/76ad884fb2c4dd6aa5b900e7a1574da6/contract-din-and-brd-data.pdf (en anglais)

Trois questions à... Eckhard Metze, responsable du bureau Employeurs au sein de la KAN jusqu'en mars 2025

Jusqu'à son départ en retraite, Eckhard Metze a défendu pendant plus de 25 ans les intérêts des employeurs dans de nombreux comités de normalisation et d'organismes de SST.

Depuis sa création en 2013, vous avez été membre du comité de normalisation Processus d'organisation au sein du DIN, comité dont vous avez pris la présidence en 2019. D'où vient votre intérêt pour ce domaine ?

Au début de mon activité en tant que responsable du bureau Employeurs au sein de la KAN, je me suis penché sur les systèmes de management de la sécurité et santé au travail et sur le passage de la norme BSI OHSAS 18001 à ISO 45001, qui était la première norme internationale dans ce domaine. L'élaboration de la norme ISO 26000 sur la responsabilité sociétale a été en outre un sujet sur lequel j'ai particulièrement travaillé.

Mon souhait aujourd'hui serait que le nombre de ces normes reste limité. Si, d'un côté, nous appelons de nos vœux une débureaucratization et un dépoussiérage de la réglementation, nous ne pouvons pas vouloir les remplacer par des normes dont l'application est certes facultative, mais qui deviennent contraignantes quand elles débouchent sur une certification ou servent de base à un contrat. Il s'agit là d'un état de fait auquel le comité de normalisation Processus d'organisation du DIN devrait s'attaquer.

Quels sont, selon vous, les sujets de normalisation particulièrement critiques ou importants ?

La normalisation investit de plus en plus des domaines qui n'ont rien à voir avec la normalisation technique classique. Je pense par exemple à des sujets tels que la compliance, la lutte anti-corruption, le management des ressources humaines et la durabilité organisationnelle, mais aussi aux exigences en matière de services et de qualifications. Pour la KAN, l'un des enjeux de plus en plus pressants est de veiller à ce que les questions qui relèvent de la compétence réglementaire des partenaires sociaux soient exclues de la normalisation. Par principe, les sujets tels que les rémunéra-



Fukuda - Foto Menke

tions ou la prévention sociale n'y ont pas leur place.

Une étape importante à ce propos a été la création, en 2011, du groupe de travail « Normalisation » auprès du Comité consultatif pour la sécurité et la santé sur le lieu de travail auprès de la Commission européenne, création survenue, entre autres, à l'initiative du bureau « Employeurs » du secrétariat de la KAN. Il existe ainsi au niveau européen une instance tripartite au sein de laquelle État, employés et employeurs peuvent échanger sur des questions relevant de la politique de normalisation. Une discussion critique a porté notamment sur l'intégration dans les normes des états de fait pour lesquels, en vertu de l'article 153 du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, la réglementation relève exclusivement des compétences des différents États membres ou des partenaires sociaux.

Un enjeu qui m'a toujours tenu particulièrement à cœur a été la normalisation en matière d'ergonomie. Les normes fournissent aux entreprises les bases et les principes de l'ergonomie, et constituent un ensemble de règles acceptées par toutes les parties intéressées concernant la conception du travail et des produits. Au sein du comité consultatif du Comité de normalisation Ergonomie, nous avons élaboré un concept

moderne pour la normalisation ergonomique, concept qui a eu également un impact décisif sur les organismes de normalisation internationaux et européens que sont l'ISO/TC 159 et le CEN/TC 122. Passerelle importante entre la science et la pratique, la normalisation ergonomique se penche aussi sur les questions qui concernent la conception du travail de demain, et cherche des solutions aux défis actuels et futurs, comme la manière de gérer le stress psychologique lié au travail, l'organisation du travail adaptée à l'âge, ainsi que la conception de la numérisation et de l'intelligence artificielle.

Quels sont selon vous les défis actuels pour le travail de normalisation ?

L'un des principaux défis consiste à trouver encore suffisamment de personnes désireuses de travailler dans les comités de normalisation et de contribuer à représenter les intérêts allemands, surtout au niveau de la normalisation internationale. Malheureusement, la normalisation internationale est de plus en plus déterminée par des nations qui ne la considèrent pas seulement comme un instrument permettant de transmettre des connaissances, mais en premier lieu comme un moyen de faire valoir leurs intérêts économiques et commerciaux nationaux. Il faut lutter à tous les niveaux contre cet état de fait.

Je vois en revanche de grandes opportunités dans la numérisation des procédures de normalisation. Elle permet, à de nombreux niveaux, de gagner du temps et d'économiser des ressources. Elle ne peut toutefois pas remplacer les rencontres personnelles. Et un principe reste incontournable : la normalisation doit impérativement reposer sur un consensus. Or, cela implique aussi une participation du plus grand nombre possible de groupes sociaux, notamment de représentants des partenaires sociaux, mais aussi des milieux scientifiques, des pouvoirs publics et de la société civile.

De la vulnérabilité à la norme – l’UE redéfinit les règles sur la cybersécurité

Les failles de sécurité dans les logiciels de produits passent souvent inaperçues, mais les nouvelles réglementations de l’UE devraient changer la donne. Le règlement sur la cyberrésilience et le règlement Machines définissent des exigences claires en matière de protection des systèmes de commande contre toute corruption accidentelle ou intentionnelle. C’est maintenant à la normalisation qu’il appartient, en tenant compte du futur guide pour le règlement Machines, de créer les fondements d’une technique sûre et fiable sur le marché européen.

Chaque année, les chercheurs spécialisés dans la cybersécurité signalent des milliers de failles informatiques dans des produits, allant des portes dérobées dans les systèmes de commande industriels jusqu’aux commandes radio qui font aveuglément confiance à n’importe quel émetteur. Nombreux sont les utilisateurs qui ne sont même pas conscients de ces failles de sécurité. Et jusqu’à présent, rien n’incitait vraiment les fabricants à investir dans davantage de ressources pour remédier à ces failles. Voyant que le marché ne parvenait pas à résoudre le problème, la Commission a réagi en adoptant un vaste paquet réglementaire :

Le **Règlement sur la cybersécurité** définit le mandat de l’Agence de l’Union européenne pour la cybersécurité (ENISA). L’ENISA a pour mission d’améliorer la communication sur les vulnérabilités entre les lanceurs d’alerte, les fabricants, les exploitants et les autorités en Europe. Elle a, à cet effet, mis en place une base de données européenne.

La **directive NIS 2** définit, pour des entités et entreprises essentielles et importantes, des exigences auxquelles doit répondre la sécurité de leurs réseaux et systèmes d’information (NIS), ainsi que des règles contraignantes pour la notification d’incidents. À l’heure actuelle, de nombreux États membres sont en retard dans la transposition de cette directive au niveau national.

Le **Règlement sur la cyberrésilience** (CRA) stipule les obligations des fabricants en matière de l’évitement et de la gestion des vulnérabilités, qui doivent notamment mettre en place un point de contact d’urgence joignable en permanence. Concernant la communication, plusieurs spécifications librement accessibles se sont établies. Elles définissent notamment des standards uniformes permettant de décrire le niveau de criticité des failles de sécurité, ainsi que les formats de données à utiliser pour les décrire :

La spécification RFC 9116 de l’Internet Engineering Task Force (IETF) décrit comment les entreprises peuvent enregistrer, dans un simple fichier texte accessible dans le monde entier, les contacts d’urgence en cas de faille de sécurité. Le CRA ne stipule pas de format concret pour la nomenclature des logiciels contenus dans un produit (Software Bill of Materials – SBOM), liste que le fabricant doit créer. Les formats qui s’imposent particulièrement aujourd’hui sont le CycloneDX et la norme ouverte ISO/IEC 5692 « System Package Data Exchange ». La SBOM permet de signaler automatiquement les produits qui contiennent un logiciel présentant une faille de sécurité connue.



Les commandes radio sont sujettes aux failles de sécurité informatique.

Pour les recommandations d'action lisibles par machine exigées par le CRA, c'est le Common Security Advisory Framework (CSAF) ISO/IEC 20153 qui s'est imposé. Le poids du CRA se reflète aussi dans de nouveaux projets de normalisation : rien qu'en 2025, quelque 40 propositions de nouvelles normes seront soumises au vote en vue d'être harmonisées conformément au CRA.

Un guide de l'UE concrétise les exigences de sécurité du règlement Machines

Le règlement Machines, qui s'adresse aux fabricants, stipule à l'Annexe III, paragraphes 1.1.9 et 1.2.1, qu'une protection adéquate contre la corruption accidentelle ou intentionnelle doit être prévue dès la conception, et que la preuve d'une intervention légitime ou illégitime dans les logiciels ou le matériel informatique doit être recueillie.

La Commission européenne prévoit de publier, au plus tard en janvier 2027, un guide fournissant des explications pratiques des termes employés, et clarifiant les obligations. L'un des cinq groupes de travail élaborant le guide se penchera sur les sections du règlement consacrées à la protection contre la corruption. Le guide est une interprétation du règlement et constituera ainsi un instrument important pour la normalisation.

Les premiers modules pour la protection anti-corruption existent déjà

Au CENELEC, les travaux de normalisation sur la **prEN 50742** ont déjà commencé, norme dans laquelle seront concrétisées les exigences du règlement Machines en matière de protection contre la corruption. Cette norme devra, dans la mesure du possible, être compatible avec d'autres normes de sécurité informatique, notamment l'ISO/IEC 15408 (Common Criteria), l'EN 17640 (Méthodologie d'évaluation de la cybersécurité pour produits TIC) ou l'IEC 62443 (Sécurité informatique des réseaux de communication industriels). Elle devra par ailleurs être applicable à une très vaste gamme de produits, allant des visseuses sans fil aux composants de sécurité, en passant par les machines-outils et les ponts élévateurs. Un projet de comité (CD) de la prEN 50742 est attendu pour l'été 2025. Dans l'idéal, la norme devrait être élaborée suffisamment rapidement pour être déjà harmonisée avant l'entrée en application du règlement Machines le 20 janvier 2027.

La révision de la norme **ISO 12100** sur la sécurité des machines reflète, elle aussi, la tendance à prendre en compte non seulement leur sécurité fonctionnelle (safety), mais aussi les questions de la sécurité informatique (security). L'approche la plus prometteuse semble être de recenser, en un premier temps, tous les dangers potentiels dans une analyse classique de risques, analyse dans laquelle seront examinés les phénomènes dangereux que présente la machine sans mesures de protection. L'étape suivante consistera à mettre en œuvre les mesures de protection, qui devront être elle-mêmes protégées contre la corruption pour pouvoir être fiables et efficaces. L'idée directrice est ici d'empêcher la survenue de tout autre nouveau danger dû à une corruption accidentelle ou intentionnelle. Il faut pour cela prendre également en compte la fiabilité d'évaluation des signaux tels qu'une demande d'arrêt d'urgence. L'Institut pour la sécurité et la santé au travail de la DGUV a examiné différents systèmes de commande de machines et a constaté que, dans de nombreux cas, la fonction d'arrêt d'urgence pouvait être corrompue à distance avec une facilité déconcertante.

La corruption simultanée de plusieurs machines doit, elle aussi, être prise en compte dans la normalisation. Si par exemple un ascenseur ou une pompe à essence isolés tombent en panne, cela n'est pas très grave, tandis qu'une cyberattaque généralisée contre tous les systèmes dotés d'une commande identique peut avoir des conséquences catastrophiques. Alors qu'il est très improbable que différents systèmes tombent en panne en même temps pour cause d'usure, la corruption généralisée de tous les systèmes identiques constitue un scénario de sécurité d'une gravité extrême.

La première mesure d'urgence que l'on pourrait recommander à toutes les entreprises serait de mettre en place dès aujourd'hui le contact d'urgence décrit dans la spécification RFC 9116. De plus, les éléments essentiels sur la sécurité informatique à intégrer dans les futures normes sont, depuis des décennies, documentés par les milieux scientifiques. Le défi actuel consiste à trouver à ce sujet un consensus sur le risque socialement acceptable, et à élaborer des principes d'essai adaptés à la pratique.

*Jonas Stein
Institut pour la sécurité et la
santé au travail de la DGUV (IFA)
jonas.stein@dguv.de*

*Arne Sonnenburg
Institut fédéral de la Sécurité et
de la Santé au Travail (BAuA)
sonnenburg.arne@baua.bund.de*

Normalisation : une contribution à la sécurité des assurés du service public

Établissements scolaires, traitement des déchets, sapeurs-pompiers... : pour les quelque neuf millions d'affiliés à l'assurance sociale allemande des accidents du travail et maladies professionnelles employés dans quelque 590.000 entreprises et institutions du secteur public, la normalisation contribue pour une part notable à la prévention des accidents et des maladies professionnelles.

En Allemagne, les organismes d'assurance accidents sociale couvrent les salariés et d'autres groupes de personnes en cas d'accidents et de maladies professionnelles. Ces organismes se subdivisent en deux grands groupes d'institutions : les Berufsgenossenschaften, pour le secteur privé, et les caisses d'assurance accidents du secteur public. Ces dernières assurent non seulement les salariés du secteur public, mais aussi les enfants dans les garderies et les établissements scolaires, les étudiants, les bénévoles et les participants à des mesures sociales telles que les programmes de qualification pour les demandeurs d'emploi. Pour cette population très hétérogène, l'article 1 du septième livre du Code social allemand stipule qu'il faut prévenir, par tous les moyens appropriés, les accidents du travail et les maladies professionnelles, ainsi que les risques pour la santé liés au travail. Une vaste tâche, ces risques variant en effet considérablement en fonction de l'activité et du groupe professionnel concerné :

- Les personnes qui travaillent dans les domaines du traitement des eaux ou des déchets sont particulièrement exposés à des substances dangereuses ou à des risques biologiques.
- Les policiers, les pompiers, les secouristes et les volontaires de la protection civile sont exposés à un risque élevé d'accidents lors de leurs interventions, et souffrent souvent de stress psychique.
- Les enseignants, les éducateurs et le personnel soignant sont particulièrement exposés aux risques d'infection, à l'exposition au bruit et à la contrainte physique.
- Pour les employés de services administratifs qui travaillent sur écran, les postes de travail ergonomiques font souvent défaut.
- Les élèves et étudiants risquent de se blesser, par exemple lors des cours d'éducation physique ou sur le trajet de leur établissement.



© Tino Hemmann - stock.adobe.com

Les règles applicables en entreprise en matière de sécurité et de santé se basent sur les dispositions légales et réglementaires nationales et sur celles de l'assurance accidents sociale. Pour ce qui est en revanche de la sécurité des produits avec lesquels les assurés entrent en contact, la normalisation est un moyen efficace de réduire les risques multiples grâce déjà à une conception adéquate, avant même que le produit soit utilisé dans la pratique. Il est essentiel pour cela que les exigences en matière de sécurité soient systématiquement intégrées dans la normalisation nationale, européenne et internationale. En même temps, les normes doivent être en adéquation avec notre législation nationale et européenne, et avec le système national de prescriptions et de règles techniques.

La normalisation a déjà contribué avec succès à la prévention pour les affiliés à l'assurance accidents du service public, comme l'illustrent les exemples concrets suivants pris dans différents domaines de la vie et du travail :

- **Cartables** : pour que les enfants soient bien visibles dans l'obscurité sur le chemin de l'école, la norme DIN 58124 prescrit que certaines parties de la surface des cartables soient dotées d'éléments rétro réfléchissants et fluorescents.
- **Chaises de bureau** : travailler en position assise n'est pas particulièrement bon pour la santé. Les chaises de bureau mal conçues peuvent même s'avérer dangereuses si elles ont tendance à se renverser ou ne sont pas adaptées au poids de leur utilisateur. La norme DIN 1335-2 définit donc les caractéristiques que doivent présenter une chaise de bureau pour réduire au maximum le risque de blessure pour son utilisateur.
- **Tables de thérapie** : presque chacun d'entre nous a déjà été allongé sur une table de thérapie, chez le médecin ou le kinésithérapeute, mais rares sont ceux qui savent que le système de réglage électrique en hauteur a déjà provoqué des accidents graves, voire mortels, lorsque des agents d'entretien ou des enfants se sont trouvés coincés sous la table. C'est pour éviter ce genre d'accidents à l'avenir grâce à des mesures techniques prises dès la fabrication, qu'une norme européenne harmonisée portant sur la sécurité des tables de thérapie et basée sur la prénorme allemande DIN VDE V 0750-2-52-2 est en cours d'élaboration.
- **Vêtements de protection pour les pompiers** : les pompiers appartiennent à un groupe professionnel exposé à des risques considérables. Les équipements de protection individuelle sont donc particulièrement importants. La norme EN 469, par exemple, définit les exigences auxquelles doivent répondre les EPI portés par les pompiers pendant leurs interventions. Cela concerne la résistance à la chaleur et aux flammes, la résistance mécanique, l'imperméabilité, la visibilité et le confort.
- **Véhicules de collecte des déchets** : les employés affectés à la collecte des déchets risquent par exemple de tomber du marchepied arrière, ou bien d'être écrasés quand le véhicule fait marche arrière et que le champ de vision du conducteur est réduit. La série de normes EN 1501 contient des exigences de sécurité destinées à minimiser ces risques. Ainsi, dès que le marchepied est occupé, la vitesse maximale du véhicule est limitée, et la marche arrière est rendue impossible par des moyens techniques.
- **Machines forestières** : des accidents mortels se sont produits par le passé quand des employés ou des promeneurs ont été écrasés par des machines forestières, notamment des abatteuses (harvester) ou des porteurs (forwarder). C'est pourquoi a été élaborée, sur l'initiative et sous l'égide de la KAN, la norme DIN 30767, qui définit des méthodes permettant de mesurer le champ de vision des personnes assises sur le siège du conducteur des machines forestières automotrices.

La normalisation est un outil de prévention efficace lorsqu'elle définit un niveau de protection élevé pour les produits utilisés sur les lieux de travail ou dans des institutions publiques telles que les établissements scolaires. Les spécialistes de l'assurance accidents du secteur public font ici l'apport d'une expertise indispensable – que ce soit en participant activement aux comités de normalisation ou en tant qu'interlocuteurs pour la KAN. La KAN, quant à elle, apporte son soutien au travail des organismes d'assurance accidents en émettant sur les normes des avis issus de la concertation avec tous les acteurs de la SST, et en s'investissant pleinement pour que les enjeux de la SST soient pris en considération.

Angela Janowitz
janowitz@kan.de

Corrado Mattiuzzo
mattiuzzo@kan.de

Normalisation des armoires de sécurité pour le stockage et la charge des batteries lithium-ion – Où en est-on ?

On trouve sur le marché de nombreux modèles d'armoires de sécurité qui, selon leurs fabricants, sont censées assurer le stockage et la charge sécurisés des batteries lithium-ion (BLI) utilisées aujourd'hui dans de nombreux outils fonctionnant sur batterie.

Or, il n'existe à ce jour aucune réglementation contraignante – qu'elle soit dictée par une loi ou provienne d'un organisme d'assurance accidents – à laquelle doivent répondre ces armoires.

Une norme de produit pour les armoires de sécurité pourrait contribuer à rendre plus sûrs le stockage et la charge des BLI.

Lorsque l'on s'en sert pour l'usage normal, les batteries lithium-ion sont considérées comme sûres. Il peut toutefois arriver, notamment lors du processus de charge, que des BLI endommagées ou défectueuses dégagent des gaz (venting) ou subissent un emballement thermique (thermal runaway). Ces phénomènes peuvent alors provoquer des incendies ou des explosions, ainsi que des risques liés aux substances dangereuses dégagées. Des armoires testées, voire certifiées GS, destinées à stocker et à charger les BLI en toute sécurité et censées protéger le personnel contre ces dangers, sont aujourd'hui disponibles dans de nombreuses variantes et avec différents équipements. Dans la pratique, cela pose deux problèmes :

Problème n° 1 : En Allemagne, la loi sur la sécurité des produits définit le cadre des exigences de sécurité applicables à la conception, la construction et l'équipement des armoires de sécurité. Il n'existe pour ce domaine aucune autre prescription concrète provenant du législateur ou des organismes d'assurance accidents. En leur qualité d'équipements de travail, ces armoires de sécurité doivent être conformes à l'Annexe I de la directive 2009/104/CE de l'UE concernant les prescriptions minimales de sécurité et de santé pour l'utilisation par les travailleurs au travail d'équipements de travail, directive qui, en Allemagne, a été transposée dans la législation nationale par l'ordonnance sur la sécurité dans les entreprises. Or, c'est à l'employeur que s'adresse ce texte, et non pas au fabricant d'un équipement de travail. Étant donné que l'employeur est tenu de n'utiliser que des équipements de travail sûrs, ce n'est qu'indirectement que le fabricant est concerné par les exigences auxquelles doit répondre une armoire de sécurité.

Problème n° 2 : Les essais auxquels sont soumises les armoires de sécurité se réfèrent à différents textes réglementaires, notamment à la norme EN 14470-1¹, au principe d'essai EK5/AK4 22-01 du ZLS², à la spécification 24994³ de la VDMA, autant de textes où il est essentiellement question des risques d'incendie en cas d'emballement thermique, mais qui ne tiennent pas compte des risques d'explosion ni des risques pour la santé dus aux substances dangereuses dégagées. En outre, des différences notables apparaissent parfois d'une prescription à l'autre pour ce qui est de la nature et de l'étendue des essais (p.ex. durée de la résistance au feu, étanchéité à la fumée). Pour l'exploitant, il est donc difficile de déterminer si les conditions sont remplies pour que le stockage et la charge s'effectuent en toute sécurité dans ces armoires.

Un standard uniforme est nécessaire

Ces problèmes pourraient se trouver résolus par un standard uniforme pour les armoires destinées au stockage et à la charge sécurisés des BLI, standard où seraient définis l'état de l'art et les exigences applicables à la conception, la construction et l'équipement, ainsi que les méthodes d'essai pour ces armoires.

Au printemps 2023, le comité de normalisation 055-02-02 « Équipements de laboratoire » du comité de normalisation du DIN dédié aux appareils et équipements de laboratoire (FNLa) a lancé une initiative qui visait à compléter la série de normes DIN EN 14470 sur les armoires de sécurité incendie en lui ajoutant une troisième partie dédiée aux armoires de sécurité pour batteries rechargeables. À peu près à la même époque, le comité de normalisation 060-20-01 « Coffres-forts et chambres fortes » du comité de normalisation Construction mécanique (NAM) a commencé à travailler à la spécification de la VDMA portant sur les exigences d'essai pour les armoires anti-feu destinées au stockage de batteries lithium-ion en cas d'emballement thermique, spécification dont le projet a été publié en août 2023. À l'issue de la phase de commentaire, les experts des deux comités de normalisation, ainsi que des représentants de l'Institut fédéral de recherche et d'essai sur les matériaux et de la DGUV, ont rédigé une version finale de cette spécification, qui a été publiée en août 2024. Elle contient des exigences d'essai pour la résistance anti-feu en cas d'incendie intérieur et extérieur,

Dr Andreas Kleineweischede
Organisme d'assurance
accidents des secteurs
des matières premières et de
l'industrie chimique (BG RCI)
andreas.kleineweischede@
bgrci.de

mais ne mentionne aucun autre essai relatif à l'étanchéité aux gaz ou à la fumée. On y trouve en outre des recommandations relatives à la conception, la construction et l'équipement des armoires de sécurité.

Le comité de normalisation 060-20-02 a entre-temps déposé une demande de projet de normalisation européen auprès du CEN/TC 263 « Stockage en lieu sûr des espèces, valeurs et supports d'informations », demande qui a été acceptée en décembre 2024. Il est prévu d'élaborer, sur la base de la spécification de la VDMA, une norme européenne qui contiendra les exigences d'essai adéquates pour les armoires de sécurité pour BLI. Le groupe de travail 2 « Résistance anti-feu » du CEN/TC 263 commencera en juin de cette année à travailler sur le projet de norme. Il est prévu que la coopération au sein des comités de normalisation compétents du FNLa et du NAM, coopération déjà pratiquée lors de l'élaboration de la spécification VDMA, se poursuive lors de la rédaction de la norme européenne. Ainsi, des experts des deux comités travailleront ensemble au sein du groupe de travail 2 du CEN/TC 263 à la rédaction de la norme. Il serait alors souhaitable de réfléchir s'il convient d'intégrer également d'autres essais concernant la protection anti-explosions et la protection contre le dégagement de substances dangereuses. Une autre question à examiner sera de savoir s'il serait bon d'élargir le champ d'application à la définition d'exigences en matière de conception, de construction et d'équipement.

En raison des travaux d'élaboration de la spécification 24994 de la VDMA, le comité de normalisation 055-02-02 avait, en un premier temps, suspendu ses propres travaux sur une norme de produit applicable aux armoires de sécurité pour BLI. Étant donné qu'il est impossible de dire pour l'instant dans quelle mesure la spécification est susceptible de déboucher sur une norme européenne définissant des exigences tant pour le produit que pour les essais, le comité de normalisation 055-02-02 a décidé de soumettre auprès du SC 9 « Mobilier de laboratoire » de l'ISO/TC 48 « Équipement de laboratoire » un projet de normalisation internationale portant sur les armoires de sécurité. À cet effet, il a été créé, lors de la dernière réunion de l'ISO/TC 49/SC 9, un groupe de travail dédié aux armoires pour batteries, qui aura pour tâche d'élaborer une demande de normalisation, ainsi que le premier projet d'une norme de produit.

Quelle que soit la direction dans laquelle évoluera la normalisation dans ce domaine, l'enjeu sera au final que les normes garantissent la fabrication d'un produit sûr pour la charge et le stockage des BLI, et que ce produit soit utilisé en toute sécurité.

- 1 EN 14470-1 Armoires de stockage de sécurité incendie – Partie 1 : armoires de stockage de sécurité pour liquides inflammables
- 2 Liste de décisions du groupe EK5AK4 : www.zls-muenchen.bayern.de/beschluesse/ek_zek_beschluesse/doc/ek5/ek5-ak4_beschlussliste.pdf (en allemand)
- 3 VDMA 24994:2024-08 Test requirements for fire-protection storage cabinets for lithium-ion batteries in the case of thermal runaway (disponible en anglais et allemand)



© Nina - stock.adobe.com

L'ANEC et la KAN signent une lettre d'intention

En signant une lettre d'intention commune, la KAN et l'ANEC – qui est la voix européenne des consommateurs dans la normalisation – ont convenu d'intensifier leur collaboration. Cette déclaration définit les domaines possibles de coopération et de soutien, notamment l'échange sur les activités de normalisation ayant un rapport avec la protection des consommateurs et la SST. La signature officielle réunissant les deux parties a eu lieu le 22 mai à Bruxelles.

Les acteurs de la SST et de la protection des consommateurs défendent souvent les mêmes objectifs – le tout premier étant la sécurité des produits. Ayant observé de nombreux points communs, la KAN souhaitait depuis longtemps une mise en réseau et une coopération plus intensive avec l'ANEC. Depuis 2023, les secrétariats respectifs de la KAN et de l'ANEC entretiennent régulièrement des échanges.

L'ANEC est l'une de quatre organisations éligibles selon les critères de l'Annexe III du règlement sur la normalisation (UE) n° 1025/2012 visant à faciliter la participation des parties prenantes à la normalisation.

Brèves de l'UE

Le 28 mars 2025, la Commission européenne a publié le **Programme de travail annuel de l'Union en matière de normalisation européenne 2025**. Les organismes européens de normalisation ont pour mission d'élaborer ou de réviser des normes portant sur 78 actions ayant valeur de priorités stratégiques, dans le but de contribuer à la réalisation d'un marché unique vert, numérique et résilient. Parmi ces actions, nombreuses sont celles qui ont une incidence sur la SST, notamment les produits de construction, l'intelligence artificielle, les EPI et la sécurité des machines.

<https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2025/1818/oj#>

Les 14 et 15 avril 2025, les ministres européens de l'emploi et des affaires sociales ont débattu sur **l'impact de la numérisation sur le monde du travail**. L'utilisation croissante de l'intelligence artificielle et des algorithmes sur le lieu de travail a, certes, un effet positif sur l'innovation et la productivité dans le monde du travail, mais recèle aussi des risques, notamment un manque de transparence dans la prise de décision algorithmique ou une surveillance excessive des travailleurs.

<https://t1p.de/voiev>

Le 28 mars 2025, la Commission européenne a publié une étude explorant les défis, les opportunités et les tendances de la **gestion algorithmique** (décisions automatisées et commande de processus de travail par des algorithmes). L'étude examine, pour la période allant jusqu'en septembre 2023, la pertinence et l'efficacité des mesures juridiques et politiques, ainsi que les lacunes qui existent encore dans la législation.

https://t1p.de/Study_algorithmic_management

Séminaire de la KAN sur les principes de la normalisation

Consacré aux principes fondamentaux du travail de normalisation dans le domaine de la SST, le séminaire s'adresse aux membres actifs d'organismes de normalisation, ainsi qu'à toute personne désireuse de se pencher sur l'utilité de la normalisation pour la sécurité et de la santé pour. Cette année, il a lieu à **Sankt Augustin, du 20 au 22 octobre**.

Vous découvrirez, durant ce séminaire, le processus d'élaboration d'une norme et les possibilités que vous avez d'exercer une influence durant ses différentes phases. Il sera question de l'élaboration et de la révision des normes, d'aspects juridiques tels que l'harmonisation et la présomption de conformité, mais aussi de la mondialisation et des tendances actuelles dans la normalisation. Le séminaire sera en outre une excellente occasion de nouer des contacts avec d'autres experts.

Le séminaire, qui se tiendra en allemand, est organisé en coopération entre l'Institut pour la santé au travail de la DGUV (IAG) et la KAN. Inscription : <https://t1p.de/KAN-Seminar>

Nouvelle direction à la DGUV et à la VFA

Le Dr Stephan Fasshauer va devenir le nouveau directeur général de l'Assurance sociale allemande des accidents du travail et maladies professionnelles (DGUV), prenant ainsi la succession du Dr Stefan Hussy, qui part en retraite le 30 juin 2025. Le Dr Fasshauer a été en même temps nommé directeur de l'Association pour la promotion de la sécurité au travail en Europe (VFA), organisme faîtière de la KAN. Ayant occupé auparavant la fonction de directeur de l'Assurance pension allemande (Deutsche Rentenversicherung Bund), le Dr Fasshauer possède une vaste expérience dans le domaine de l'assurance sociale.

Changement à la direction du Secrétariat de la KAN

Avec effet au 1er juillet 2025, la nouvelle directrice du Secrétariat de la KAN sera le Dr Monika Maintz. Titulaire d'un doctorat en biologie et d'un master en marketing et en finances, le Dr Maintz possède une vaste expérience professionnelle acquise à des postes de direction dans l'industrie et dans diverses ONG dans le domaine de la protection de l'environnement et de la nature. Elle a passé 17 ans de son parcours professionnel en Angleterre.

Le Dr Maintz prend la succession d'Angela Janowitz, qui quitte la KAN après 30 ans, afin de relever de nouveaux défis. Peu après la création de la KAN, elle avait rejoint le Secrétariat en tant que chargée de mission. Occupant le poste de directrice adjointe à partir de 2008, puis de directrice à partir de 2022, elle a contribué pour une part essentielle à l'essor du Secrétariat, qui compte aujourd'hui 25 collaborateurs, et a aussi marqué de son empreinte le travail technique de la KAN.

Termine / Events / Agenda



15.-17.07.25 » Dresden

Fachveranstaltung

DGUV Fachgespräch "Lithium-Ionen-Akkus & eMobility"

IFA/BGHM/FB ETEM/FBHL

www.dguv.de/ifa/veranstaltungen/dguv-fachgesprach-emobility

20.-22.08.25 » Dresden

Seminar

Maschinensicherheit und Produkthaftung

Institut für Arbeit und Gesundheit der DGUV (IAG)

https://asp.veda.net/webgate_dguv_prod/#p1 🔗 570012

02.-03.09.25 » Hamburg

Seminar

CE-Kennzeichnung im Maschinen- und Anlagenbau

VDI Wissensforum

www.vdi-wissensforum.de 🔗 CE-Kennzeichnung

09.09.25 » Graz (A)

Seminar

Industrieroboter

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA)

www.auvkurs.at 🔗 Industrieroboter

10.09.25 » Online

Arbeitsmedizinisches Online-Kolloquium

Einsatz von PSA bei Hitze

Institut für Prävention und Arbeitsmedizin der DGUV

www.dguv.de/ipa/lehre/fortbildung

15.-17.09.25 » Hybrid/Bonn

Seminar

EU-Maschinenverordnung (EU) 2023/1230

MBT Maschinenbautage Ostermann

www.maschinenrichtlinie.de/fortbildung/mbt-seminare/maschinenverordnung

16.09.25 » Potsdam

Konferenz-Workshop

Smarter Workplaces: The Role of AI in Promoting Occupational Safety and Health (AI4POSH)

Gesellschaft für Informatik (GI) / BAuA

www.baua.de/DE/Angebote/Veranstaltungen/Termine/2025/09.16-KI2025-de

17.09.25 » Online

Informationsveranstaltung

Dresdner Treffpunkt „Die EU-Maschinenverordnung“

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

www.baua.de/DE/Angebote/Veranstaltungen/Termine/2025/09.17-Dresdner-Treffpunkt-Maschinenverordnung

18.09.25 » Linz (A)

Seminar

Umbau von Maschinen

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA)

www.auvkurs.at 🔗 Umbau Maschinen

23.09.25 » Linz (A)

Seminar

Risikobeurteilung von Maschinen

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA)

www.auvkurs.at 🔗 Risikobeurteilung

25.-26.09.25 » Heilbronn

GfA-Herbstkongress

Zukunft Gestalten: Arbeitswelt 2030

REFA-Institut/Gesellschaft für Arbeitswissenschaft

www.gesellschaft-fuer-arbeitswissenschaft.de

14.-16.10.25 » Köln

International Conference (Deu/Eng)

EU-Maschinenbautage / EU Machinery Days

MBT Maschinenbautage Ostermann

www.maschinenrichtlinie.de/fortbildung/konferenzen

Bestellung / Ordering / Commande

www.kan.de » Publikationen » KANBrief » KANBrief-Bestellservice (kostenfrei)

www.kan.de/en » Publications » KANBrief » KANBrief subscription (free of charge)

www.kan.de/fr » KANBrief (gratuit)



Gefördert durch:



Bundesministerium für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Herausgeber / publisher / éditeur

Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA)
mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales

Redaktion / editorial team / rédaction

Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN), Geschäftsstelle
Sonja Miesner, Michael Robert
Tel. +49 2241 231 3450 · www.kan.de · info@kan.de

Verantwortlich / responsible / responsable

Angela Janowitz, Alte Heerstr. 111, D – 53757 Sankt Augustin

Übersetzung / translation / traduction

Odile Brogden, Marc Prior

Publikation

vierteljährlich / published quarterly / parution trimestrielle

ISSN: 2702-4024 (Print) · 2702-4032 (Online)